

***HIER
MIT UNS!***



Tischvorlage

Landesdelegiertenkonferenz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen

11./12. November 2023

OsnabrückHalle

Schlosswall 1-9

LDK Osnabrück 11./12. November 2023

Ablauf/Vorläufige Tagesordnung

Samstag, den 11.11.2023

13.00 Uhr Delegiertenkartenausgabe
13.15 Uhr Neudelegiertentreffen
13.30 Uhr Einlass in den Saal

14:00 Uhr Beginn der LDK

TOP 1 | Begrüßung und Formalia

TOP 2 | Bundespolitische Rede – Omid Nouripour

TOP 3 | Leitantrag „**Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit**“

TOP 4 | Nachwahl Parteirat (1 Frauenplatz)

Ende am Samstag ca. 18:00 Uhr

Sonntag, den 12.11.2023

ca. **9:00 Uhr Fortsetzung der LDK**

TOP 5 | Finanzen Landesverband

TOP 6 | Wahl Bundesfrauenrat

TOP 7 | Für eine Niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

TOP 8 | Wahl Landesfinanzrat

TOP 9 | LAGen – inkl. Satzungsänderung

- Satzungsänderung
- Neufassung LAG-Statut

TOP 10 | weitere Anträge

Ende am Sonntag voraussichtlich gegen **14:30 Uhr**

(Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ist noch nicht endgültig)

Inhaltsverzeichnis Tischvorlage

Vorläufige Tagesordnungspunkte	Nummer	Antrag/Änderungsantrag Bewerbung	Antragssteller*in Bewerber*in KV	Tischvorlage
1.Begrüßung und Formalia				
2.Bundespolitische Rede				
3. Leitantrag Lavo	LeitA1	Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung	Lavo	1. A. - S.1
	Ä1	Nach Zeile 474 einfügen...	Tilman Krösche KV Heidekreis	2.A.-S. 1
	Ä2	Von Zeile 473 bis 474 einfügen:	LAG Mobilität und Verkehr	2.A.-S.3
	Ä3	Von Zeile 76 bis 78: Von Zeile 87 bis 89 einfügen:	KV Göttingen	TV-S. 3
	Ä4	Von Zeile 100 bis 102 einfügen:	LAG Energie und Atom	TV-S. 4
	Ä5	Von Zeile 265 bis 266 einfügen: Von Zeile 446 bis 448:		TV-S. 5
	Ä6	Von Zeile 174 bis 176: Von Zeile 236 bis 239: Von Zeile 343 bis 345: Von Zeile 418 bis 420:		TV-S. 6
	Ä7	Von Zeile 334 bis 336:		TV-S. 7
	Ä8	Von Zeile 357 bis 359:		TV-S. 8
	Ä9 zurückgez.	Von Zeile 416 bis 418 löschen:		--
	Ä10	Von Zeile 416 bis 418 löschen:		TV-S. 9
	Ä11	Von Zeile 64 bis 67 löschen: Von Zeile 314 bis 319 löschen: Von Zeile 334 bis 336: Von Zeile 345 bis 348 löschen:		TV-S. 10
	Ä12	Von Zeile 91 bis 94: Von Zeile 230 bis 232 einfügen: Von Zeile 380 bis 385 löschen:		TV-S. 11
	Ä13	Von Zeile 183 bis 187: Von Zeile 343 bis 351: Von Zeile 466 bis 470:		TV-S. 13
	Ä14	Von Zeile 289 bis 291 einfügen:	Ulrike Siemens (KV Harburg-Land)	TV-S. 14
Ä15.1	Von Zeile 11 bis 14:	Malte Lindenmeyer	TV-S. 15	

	Ä15.2	Von Zeile 15 bis 17 löschen:	(KV Hannover)	TV-S. 16
	Ä15.3 zurückgez.	Von Zeile 29 bis 34 löschen:		--
	Ä15.4	Von Zeile 47 bis 49:		TV-S. 17
	Ä15.5	Von Zeile 54 bis 63:		TV-S. 18
	Ä15.6	Von Zeile 80 bis 101:		TV-S. 19
	Ä15.7	Von Zeile 108 bis 115 löschen:		TV-S. 20
	Ä15.8	Von Zeile 121 bis 124:		TV-S. 21
	Ä15.9	Von Zeile 126 bis 130:		TV-S. 22
	Ä15.10 zurückgez.	Von Zeile 156 bis 163 löschen:		Malte Lindenmeyer (KV Hannover)
	Ä15.11 zurückgez.	Von Zeile 181 bis 192:	--	
	Ä15.12	Von Zeile 198 bis 201:	TV-S. 23	
	Ä15.13 zurückgez.	Von Zeile 211 bis 216:	--	
	Ä15.14	Von Zeile 248 bis 252 löschen:	TV-S. 24	
	Ä15.15 zurückgez.	Von Zeile 285 bis 290 löschen:	--	
	Ä15.16	Von Zeile 316 bis 319 löschen:	TV-S. 25	
	Ä15.17	Von Zeile 326 bis 331 löschen:	TV-S. 26	
	Ä15.18	Von Zeile 352 bis 359 löschen:	TV-S. 27	
	Ä15.19 zurückgez.	Von Zeile 364 bis 368:	--	
	Ä15.20	Von Zeile 478 bis 480:	TV-S. 28	
	Ä16	Von Zeile 337 bis 339 einfügen:		TV-S. 29
		Verfahrensvorschlag zum Umgang mit Änderungsanträgen zum Leitantrag		TV-S. 1
4. Nachwahl Parteirat - Frauenplatz	PR1	Anna Keschull	KV Osnabrück-Land	TV-S. 33
5. Finanzen – Haushalt 2024	Fin1	Einführung einer Kreisverbandsumlage zur Finanzierung der Reise- und Unterbringungskosten der KV GJ Mitglieder zur Grüne Jugend Landesversammlung	GJN	2.A-S.4
	Fin2	Haushalt 2024	Landesvorstand	2.A-S.6
6. Wahl Bundesfrauenrat 4 weibliche	BuFr1	Pia Lucienne Bänecke	KV Harburg-Land	TV-S. 36
	BuFr2	Mira Fels	KV Hannover	TV-S. 38
	BuFr3	Julia Gebhardt	KV Hildesheim	TV-S. 40

Mitglieder, eine auf Vorschlag der LAG Frauen sowie Stellvertreterinnen	BuFr4	Nicole Henkel	KV Wittmund	TV-S. 43
	BuFr5	Bettina Schulte	KV Göttingen	TV-S. 46
	BuFr5	Tanja Meyer	KV Vechta	TV-S. 48
7. Für eine Niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft	A1	Für eine Niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft	Lavo	TV-S. 51
8. Wahl Landesfinanzrat sechs Mitglieder	Lafi1	Franz-Josef Tönnemann	KV Cloppenburg	2.A-S.10
	Lafi2	Marion Gehrke	KV Harburg-Land	2.A-S.12
	Lafi3	Christian Björn Schmutte	KV Vechta	2.A-S.13
	Lafi4	Elke Szepanski	KV Oldenburg-Land	2.A-S.14
	Lafi5	Andreas Hoffmann	KV Braunschweig	2.A-S.15
	Lafi6	Matthias Wiebe	KV Lüneburg	2.A-S.17
	Lafi7	Thomas Heidemann	KV Diepholz	2.A-S.19
	Lafi8	Daniel Beer	KV Celle	2.A-S.22
	Lafi9	Pippa Schneider	KV Göttingen	TV-S. 50
9. LAGen - inkl. Satzungsänderung / Neufassung des LAG-Statuts	Satz-LAG1	Satzungsänderung -§24 Landesarbeitsgemeinschaften	Landesvorstand	2.A-S.23
	Satz-LAG2	Satzungsänderung -§24 Landesarbeitsgemeinschaften	Landesvorstand	2.A-S.24
	Statut LAG3	Neufassung LAG-Statut	Landesvorstand	2.A-S.25
10. Weitere Anträge	wA1	WIRKSAME MASSNAHMEN GEGEN HASS, HETZE UND ONLINE-SUCHT	KV Wilhelmshaven	1. A. - S.11
	wA2	In Zeiten großer politischer Herausforderungen muss die politische Bildung in Niedersachsen weiter gestärkt werden!	KV Diepholz	1. A. - S.12
	wA3	Niedersachsen am Zug – Für ein starkes Bahnnetz	LAG Mobilität und Verkehr	2.A-S.29
	WA4 – zurückgez.	Klimafreundliche Mobilität sozial gerecht und intersektional gestalten siehe Ä2 zu LeitA1		--
	wA5	Das Betteln beenden – sicher über die Straße kommen		2.A-S.30
	wA6	Rückbesinnung auf den Schutz der Artenvielfalt beginnend mit dem Wolf	Jenny Bornholdt-Haak (KV Wittmund) u.a.	2.A-S.31
	WA7 –	Der Landesvorstand unterstützt die	LAG	2.A-S.34

	zurückgez.	Gründung einer BAG Grundeinkommen	Grundeinkommen	
	wA8	Für Sicherheit im Wandel	Julian Pahlke, KV Leer u.a.	2.A-S.37
	wA9	Niedersächsischer Landeswald - Verschiebung der Zuständigkeit für die Planung	KV Wolfenbüttel	2.A-S.44
	wA10	Listenaufstellung	KV Wolfenbüttel	2.A-S.45
	wA11	Frauen- zum FINTA-Statut upgraden	Max Burlage, KV Vechta u.a.	2.A-S.46
	wA12	Bürokratieabbau in der Städtebauförderung – damit Städte und Orte wieder atmen können	Leonhard Pröttel. KV Wolfenbüttel u.a.	2.A-2.A-S.47
	WA13 zurückgez.	Für vielfältigere Mitgliederbeteiligung - Änderungsanträge zur Geschäftsordnung	Bettina Deutelmoser, KV Stade u.a.	2.A-S.50

Umgang mit Änderungsanträgen zum Leitantrag		
Nr.	Zeilen	Umgang mit dem Antrag
1	474 ff	Abstimmung
2	473 ff	Abstimmung
3	76-78 87-89	Übernahme offen
4	100-102 383-385	Übernahme zurückgezogen
5	265-266 446-448	Übernahme Übernahme
6	174-176 236-239 343-345 418-420	Übernahme Übernahme Übernahme Übernahme
7	334-336	Übernahme
8	357-359	Übernahme
10	416-418	Übernahme
11	64-67 314-319 334-336 345-348	Abstimmung Modifizierte Übernahme: Nur Streichung der Worte „sinkender Gasnachfrage“. Ansonsten keine Streichung Übernahme Übernahme
12	91-94 230-232 380-385	Übernahme Übernahme zurückgezogen
13	183-187 343-351 466-470	Übernahme Übernahme Übernahme
14	289-291	Übernahme
15.1	11-17	Übernahme
15.2	15-17	Übernahme
15.3	29-34	zurückgezogen
15.4	47-49	Übernahme
15.5	54-63	Übernahme
15.6	80-101	Übernahme
15.7	108-115	Übernahme
15.8	121-124	Übernahme
15.9	126-130	Übernahme
15.10	156-163	zurückgezogen
15.11	181-192	zurückgezogen
15.12	198-201	Übernahme

15.13	211-216	zurückgezogen
15.14	248-252	Übernahme
15.15	285-290	zurückgezogen
15.16	314-319	Modifizierte Übernahme: Identisch mit ÄA 11
15.17	326-331	Übernahme
15.18	352-359	Übernahme
15.19	364-368	zurückgezogen
15.20	478-480	Übernahme
16	337-339	Ggf. Modifizierung

Ä3 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: KV Göttingen

Beschlussdatum: 04.11.2023

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 76 bis 78:

Energieversorgung bedeutet eine allen zugängliche, für alle bezahlbare und sichere Versorgung mit Energie. Eine zweiteweitere Ebene der demokratischen Energieversorgung – die uns besonders wichtig ist – meint jedoch noch etwas

Von Zeile 87 bis 89 einfügen:

einer eigenen PV-Anlage auf ihrem Wohnhaus aktiv selber Energie erzeugen und damit die Energiewende mitgestalten. Darüber hinaus streben wir auch eine Demokratisierung der Energiekonzerne selbst an. Energiegenossenschaften und kommunale Stadtwerke sind in diesem Fall Vorzeigebispiele. Um die demokratische Kontrolle und Beteiligung in der Energiewirtschaft zu steigern, setzen wir uns auch für eine Vergesellschaftung von Energiekonzernen und -infrastruktur in Niedersachsen ein. Das sorgt dafür, dass die Profite in der Hand der Bürger*innen bleiben, die Preise einer demokratischen Kontrolle unterliegen und der Ausbau der erneuerbaren Energien gezielt vorangetrieben werden kann. Auch die Rekommunalisierung bereits privatisierter Anteile von Stadt- und Gemeindewerken ist ein wichtiger Baustein. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Niedersachsen seine Kommunen bei dieser großen Aufgabe unterstützt.

Obwohl wir über innovative technologische Lösungen verfügen, braucht es für eine

Begründung

Die Energiewende ist eine Gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie muss sowohl von ihr getragen als auch gesteuert werden. Das Streben nach maximalem Profit ist heutzutage und insbesondere bei der Größe der Aufgaben fehl am Platz. Daher müssen wir auch die Energiewirtschaft demokratischer gestalten. Die Beteiligung von Bürger*innen und die demokratische Kontrolle der Energiewende steigert zudem die Akzeptanz in der Bevölkerung. Gewinne aus der Energiewirtschaft können so zudem für die Entlastung der Bürger*innen, die Unterstützung von Kommunen, soziale Ausgleichszahlungen und vieles mehr genutzt werden. Genossenschaften werden in unseren Reihen immer hoch gelobt und das zu Recht. Allerdings machen sie am Ende nur einen kleinen Anteil der Energieproduktion aus. Wir müssen nun an die weitere Infrastruktur und die Konzerne ran, um auch hier unsere demokratischen Ansprüche durchzusetzen. Die Unterstützung der Kommunen beim Rückkauf von privatisierten Anteilen an ihren Stadt- und Gemeindewerken ist ein weiterer wichtiger Baustein. So verbleibt der Gewinn kommunaler Unternehmen auch vollständig in ihren eigenen Taschen.

Ä4 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: LAG Energie und Atom

Beschlussdatum: 03.11.2023

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 100 bis 102 einfügen:

sich an der Energiewende beteiligen wollen. Das zeigt: die sozialen Aspekte der grünen Transformation sind zugleich zutiefst politisch. Vor allem für Mieter*innen müssen die Möglichkeiten, sich zu beteiligen und zu profitieren, verbessert werden. Deswegen setzen wir uns in Niedersachsen für eine starke Demokratisierung der Energieversorgung und

Von Zeile 383 bis 385 einfügen:

kontrollierten Wärmeversorgung in kommunaler Hand schützen wir die Bürger*innen bestmöglich vor den Profitinteressen privater Unternehmen. Eine gute Wärmeinfrastruktur in öffentlicher Hand ist auch ein städtebauliches, planerisches Steuerungsinstrument. Somit können Siedlungsstrukturen klug und nachhaltig entwickelt sowie insbesondere Mieter*innen über transparente und sozial orientierte Tarifmodelle entlastet werden. Für viele kleinere Stadtwerke wie auch für noch zu gründende kommunale Wärmeversorger sind die

Begründung

Die Interessen von Mieter*innen müssen in die Transformationsbemühungen mit einfließen. Einerseits ist dies ein soziales Gebot, andererseits ist es ein Gebot der bürgerlichen Teilhabe an den Prozessen. Ohne eigenes Dach und eigene Heizung sind den Menschen in Mietverhältnissen sonst die Hände gebunden - über Beteiligungsmodelle kann privates Kapital mobilisiert werden und ein Mitspracherecht sichert die nachhaltige, akzeptierte Entwicklung vor Ort.

Ä5 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: LAG Energie und Atom

Beschlussdatum: 03.11.2023

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 265 bis 266 einfügen:

ein. Die Netzbetreiber wollen wir verpflichten, den Netzanschluss spätestens einen Monat nach Anmeldung der Anlage sicherzustellen. Zudem wollen wir den Ausbau der Solarthermie fördern, indem in Niedersachsen die Solarpflicht sowohl mit Anlagen zur Gewinnung thermischer als auch elektrischer Energie erfüllt werden kann.

Von Zeile 446 bis 448:

Außenbereich privilegieren – also die Planung und Umsetzung schneller und einfacher ermöglichen. ~~Das gleiche gilt für~~ Wir möchten aber auch in Innenbereichen erprobte und akzeptierte Technologien, wie etwa die Solarthermie, stärken, um schnellstmöglich, sicher und nachhaltig den Innenbereichbedarf für Brennstoffe jedweder Art zu reduzieren. Für Außen und Innen gilt gleichermaßen: Wir müssen Bürokratie abbauen, wenn wir Klimaschutzmaßnahmen unterstützen wollen.

Begründung

Solarthermie ist einfach, verfügbar, erprobt, wird von heimischen Herstellern vor Ort zur Verfügung gestellt, besteht aus heimischen Komponenten, ist günstig... Wir sollten ein klares Bekenntnis zur Solarthermie in den Antrag einbringen, da wir insbesondere in der Transformationsphase nicht auf diese flächeneffiziente, technisch einfach zu implementierende und bereits kurzfristige CO2- und emissionsvermeidende Technologie verzichten können. Jeder Quadratmeter Solarthermie spart unmittelbar Gas ein.

Ä6 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: LAG Energie und Atom

Beschlussdatum: 03.11.2023

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 174 bis 176:

verbessern und die NBank zu einer echten Investitionsbank weiterentwickeln will. In Niedersachsen vereinen sich große Potenziale ~~zum Erzeugen~~ zur Bereitstellung und ~~Speicherung~~ ung von Energie aus Sonne und Windkraft. Darüber hinaus verfügt Niedersachsen über

Von Zeile 236 bis 239:

zuständigen Bundesbehörde monatelang auf sich warten lassen. Wir fordern daher, die Genehmigungszeiträume für Schwertransporte ~~innerhalb von~~ auf maximal vier Wochen zu ~~erteilen~~ verkürzen. Bisher werden Regionen, die ihrer Verantwortung für den Ausbau der Windenergie in besonderer Weise gerecht werden, dafür mit höheren Netzentgelten

Von Zeile 343 bis 345:

verbrennen, kann es zudem viel effizienter als Treibstoff eingesetzt werden, etwa im Schwerlasttransport oder in der Landwirtschaft, wo ~~Verkehrsträger~~ Verkehrsmittel bisher kaum oder nur schwer elektrifizierbar sind. Gleiches gilt für grünen, aus

Von Zeile 418 bis 420:

entlasten wir die Niederspannungsnetze und sparen viele Investitionen für den Ausbau der Stromnetze. Ein weiterer Vorteil: ~~Erdwärme ist~~ Wärmepumpen sind nicht nur zum Heizen sondern auch zum Kühlen einsetzbar. Die aufgrund der weltweiten Klimakrise stark

Begründung

Redaktionelle Änderungen. Die weiteren Änderungen sind vor allem sprachlicher Natur.

Ä7 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: LAG Energie und Atom

Beschlussdatum: 03.11.2023

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 334 bis 336:

lehnen wir weiter ab. Der Biodiversität, aber auch dem Klimaschutz wird damit ein Bärendienst erwiesen. Deshalb treten wir dafür ein, Holz als Brennstoff ~~nur~~höchstens in dem Umfang einzusetzen, in dem es in heimischen Wäldern als Rest- und

Begründung

Sprachliche Präzisierung. Es geht keineswegs darum, den Einschlag zur Eigenversorgung zu verbieten. Wohl soll aber die Praxis der starken Nutzung zur Verbrennung u.a. in emissionsträchtigen Einzelfeuerungsanlagen als nicht mehr zeitgemäß markiert werden. Das schmälert auch nicht die Position, dass Importe abgelehnt werden.

Ä8 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: LAG Energie und Atom

Beschlussdatum: 03.11.2023

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 357 bis 359:

Selbstbestimmung der „Prosumers“ – also der Verbraucher*innen, die Energie sowohl verbrauchen als auch ~~selber herstellen~~ selbst gewinnen – zu achten und zugleich klare Regeln zu schaffen, um einen fairen Wettbewerb für alle zu ermöglichen.

Begründung

Sprachliche Präzisierung.

Ä10 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: LAG Energie und Atom

Beschlussdatum: 03.11.2023

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 416 bis 418 löschen:

in Niedersachsen fast überall einsetzbar. In Verbindung mit der Wärmepumpe erreichen wir eine sehr effiziente, ~~günstige~~ und nachhaltige Wärme. Gleichzeitig entlasten wir die Niederspannungsnetze und sparen viele Investitionen für den

Begründung

Preise für die notwendigen Bohrungen sind stark angestiegen. Erdwärmepumpen sind effektiv aber aufwendig und teuer in der Anschaffung. Ihr Anteil bei Wärmepumpen ist daher rückläufig und liegt unter 10%.

Ä11 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: LAG Energie und Atom

Beschlussdatum: 03.11.2023

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 64 bis 67 löschen:

Dabei ist die kommunale Wärmeplanung nur der erste Schritt: Es müssen Nah- und Fernwärmenetze geplant, gebaut und mit erneuerbaren Energien betrieben ~~und der Ausstieg aus dem Gasnetz geplant~~ werden. Um die kommunale Ebene bei dieser riesigen Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, starten wir GRÜNE heute die Aktion

Von Zeile 314 bis 319 löschen:

Investitionsentscheidungen nicht in eine Kostenfalle steigender Gaspreise geraten. ~~Denn da sich künftig die Kosten für das Gasverteilernetz auf immer weniger Haushalte verteilen, die noch mit Erdgas heizen, werden die Energiekosten entsprechend steigen. Grundlage dafür ist das Zusammenspiel von sinkender Gasnachfrage, gleichzeitig steigenden CO₂-Preisen und den wachsenden Kosten für das Gasverteilernetz.~~

Von Zeile 334 bis 336:

lehnen wir weiter ab. Der Biodiversität, aber auch dem Klimaschutz wird damit ein Bärendienst erwiesen. Deshalb Gebäudebestand, Leitungsnetz, Zugang zu erneuerbaren Energien und Energiespeicher sind in den Kommunen unterschiedlich. Bei der Planung werden die Kommunen unterstützt. Wir treten wir dafür ein, Holz als Brennstoff nur in dem Umfang einzusetzen, in dem es in heimischen Wäldern als Rest- und

Von Zeile 345 bis 348 löschen:

kaum oder nur schwer elektrifizierbar sind. Gleiches gilt für grünen, aus sauberen Energien hergestellten Wasserstoff. Wasserstoff ist ~~der Champagner der Energiewende:~~ aufwändig in der Produktion und teuer. Dennoch brauchen wir ihn dringend, um industrielle Prozesse in der Stahl-, Chemie- oder Zementindustrie

Begründung

... Holz als Brennstoff nur in dem Umfang einzusetzen ...

Bitte hier den ÄA7 priorisieren. 1. Es besteht in der LAG keine Einigkeit darüber, inwiefern der Ausstieg aus dem Gasnetz bereits jetzt proaktiv zu planen ist. Daher die Streichung des Teilsatzes.

2. Den Satz mit den Gasverteilnetzen fand die LAG in sich nicht stringent, da eine sinkende Nachfrage bei konstantem Angebot eigentlich zu sinkenden Preisen führen sollte.

3. Wir betonen die Notwendigkeit, die Kommunen bei der Wärmewende zu unterstützen.

4. Es ist schwer vorherzusagen, wie sich die Rolle von Wasserstoff in der Energiewende entwickelt. Den Vergleich mit Champagner fand die LAG unangemessen.

Ä12 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: LAG Energie und Atom

Beschlussdatum: 03.11.2023

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 91 bis 94:

mitzuwirken. Es geht vor Ort vor allem um Fragen des Standorts, ob die Windanlage im Wald oder auf dem Feld neben dem eigenen Hause stehen soll, ~~welche Größe vertretbar ist~~. Anwohner*innen sollen sich mit ihren Sorgen gehört und ernst genommen fühlen. Wir setzen uns für transparente und frühzeitige

Von Zeile 230 bis 232 einfügen:

werden: Kein Genehmigungsverfahren zum Bau neuer oder zum Repowering bestehender Windparks darf länger als zwei Jahre dauern. Weiterhin wird angeregt, bestehende restriktive Bauleitpläne zur Windenergie auf die fachliche Umsetzbarkeit hin zu überprüfen. Wir wollen die regionalen Genehmigungsbehörden aktiv unterstützen die Verfahren zu beschleunigen. Hierfür

Von Zeile 380 bis 385 löschen:

Wärmeversorger nicht, denn Wärme ist nicht über weitere Strecken transportierbar. ~~Dadurch sind die Marktmechanismen im Bereich der zentralen Wärmeversorgung weitgehend außer Kraft gesetzt. Nur mit einer demokratisch kontrollierten Wärmeversorgung in kommunaler Hand schützen wir die Bürger*innen bestmöglich vor den Profitinteressen privater Unternehmen.~~ Für viele kleinere Stadtwerke wie auch für noch zu gründende kommunale Wärmeversorger sind die

Begründung

1. Anmerkung zur vertretbaren Größe der Windanlage: Aus praktischer Erfahrung habe ich erlebt, dass vor Ort bei Bürgern und Räten die Tendenz besteht, die Sichtbarkeit einer Windkraftanlage anstatt des Energieertrages in den Vordergrund zu stellen. Die sich daraus ergebenden Höhenbegrenzungen führen oft dazu, dass die Windkraftanlagen nur einen Teil ihres potentiellen Energieertrages liefern können und unter den heutigen Bedingungen nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sind. Möglicherweise liefert der Passus dann auch eine Vorlage für Verhinderungsplanungen.

2. Anmerkung/Ergänzung: Nicht nur eine Verdopplung der Windkraftfläche wird den Energieertrag steigern, sondern auch eine optimale Nutzung der bereits in Bauleitplänen ausgewiesenen Flächen. Mir sind z.B. aus den Räumen Braunschweig und Hannover viele bereits ausgewiesene Windkraft-Vorranggebiete bekannt, die eine fachlich nicht begründbare Gesamthöhenbegrenzung von 100 m aufweisen, was das Repowering wirtschaftlich unmöglich macht. Hier ist auf denselben Flächen ein etwa 3–5-mal höherer Ertrag möglich.

3. Anmerkung: Wenn beim Ausbau der Wärmeversorgung vor allem auf kommunale Unternehmen gesetzt werden soll, ist das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 eher nicht zu erreichen.

Im ländlichen Raum haben viele kleine Privatunternehmen unter intensiver Beteiligung der Bürger, z.B. über Wärmeauskopplung bei Biogas-/Holzhackschnitzelanlagen, Wärmenetze aufgebaut. Diese vorhandenen Netze können künftig mit Geothermie und Großwärmepumpen ergänzt werden. Auch haben die Unternehmen wertvolle Erfahrungen für den zügigen weiteren Ausbau gesammelt und sollten nicht ausgeschlossen werden.

Außerdem habe ich mit einigen kommunalen Energieversorgern die Erfahrung gemacht, dass diese beim Aufbau neuer Bereiche nicht die Schnellsten und Flexibelsten sind. Hinzu kommt, dass in den Kommunen

oft kein geeignetes Fachpersonal vorhanden ist.
Daher sollten private Unternehmen ebenfalls - begleitet durch ein entsprechendes Regelwerk -
gleichwertig gefördert und zumindest nicht diskriminiert werden.

Ä13 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: LAG Energie und Atom

Beschlussdatum: 03.11.2023

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 183 bis 187:

Wir unterstützen deshalb nach Kräften die Pläne, Wilhelmshaven zum Zentrum des Imports und zu einem Hotspot der Produktion von grünem Wasserstoff und seinen Derivaten zu entwickeln. Denn in Wilhelmshaven haben wir mit dem einzigen deutschen Tiefwasserhafen, den nahen, auf ~~Wasserstoff~~ Wasserstoffprodukte umrüstbaren Kavernenspeichern in Etzel und in der Krummhörn, sowie mit der im Genehmigungsverfahren befindlichen

Von Zeile 343 bis 351:

verbrennen, kann es zudem viel effizienter als Treibstoff eingesetzt werden, etwa im Schwerlasttransport oder in der Landwirtschaft, wo ~~Verkehrsträger~~ Verkehrsmittel bisher kaum oder nur schwer elektrifizierbar sind. Gleiches gilt für grünen, aus sauberen Energien ~~hergestellten Wasserstoff~~. Wasserstoff ist der Champagner der Energiewende: aufwändig in der Produktion und teuer hergestellte Wasserstoffprodukte. Dennoch brauchen wir ~~ihnsie~~ ihnsie dringend, um industrielle Prozesse in der Stahl-, Chemie- oder Zementindustrie zu dekarbonisieren. Um ~~Wasserstoff~~ Wasserstoffderivate – von Ausnahmen abgesehen – zum Erzeugen von Wärme einzusetzen, ~~ist ersind sie~~ ist ersind sie zu knapp und zu teuer. Deshalb ist es ein Trugbild, wenn leider inzwischen auch Energieversorger behaupten, man könne Erdgas in den

Von Zeile 466 bis 470:

Nahwärme-Netze erstellen. Viele Industriebetriebe werden künftig neben Strom auch auf Wasserstoff angewiesen sein. *Wir setzen uns dafür ein, ~~dass~~ hier vorrausschauend zu planen. Wir benötigen ein flächendeckendes leistungsfähiges Stromnetz und ~~Wasserstoffanschlüsse~~ einfachen Zugang zu Wasserstoffprodukten in allen Regionen. Abgehängte Räume dürfen im Rahmen der ökologischen Transformation nicht entstehen.*

Begründung

„Wasserstoff ist der Champagner der Energiewende: aufwändig in der Produktion und teuer.“ Bitte die hier weiterreichende Änderung (= komplette Streichung des Satzes) gegenüber derjenigen in ÄA11 priorisieren. Grüne Wasserstoffprodukte werden in der Zukunft in manchen Sektoren eine wichtige Rolle einnehmen. Es greift allerdings zu kurz, lediglich von Wasserstoff zu sprechen: Je nach Anwendungsfall und Transportoption werden sogenannte Wasserstoffderivate, also chemische Folgeprodukte, verwendet werden. Aller Voraussicht nach in einem Umfang, der die Nutzung von reinem H₂ sogar wesentlich übersteigt. Daher sollten wir von Wasserstoff und Folgeprodukten sprechen. Diese sprachliche Genauigkeit zeigt auch unsere Kompetenz im Hinblick auf eine nachhaltige Energieversorgung und lässt uns nach außen kompetenter erscheinen.

Ä14 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 289 bis 291 einfügen:

gering investive Maßnahmen eingespart werden können.

Die günstigste Energie ist die eingesparte Energie. Das gilt auch für den privaten Gebäudebestand, der erhebliches Potential zur Energieeinsparung bietet. Wir GRÜNE setzen uns für die umfassende energetische Sanierung der Bestandsgebäude ein. Sanierung, Umnutzung und Weiternutzung sollte, wo immer das möglich ist, Vorrang vor Neubau haben. Nur so kann die in den Gebäuden gespeicherte sogenannte graue Energie, die Energie, die bei Herstellung der Baustoffe, Transport und Errichtung der Gebäude genutzt worden ist, bewahrt werden. Wir setzen uns ein für verpflichtende Lebenszyklusanalysen (LCA) von Gebäuden, die den wahren Energie- und Ressourcenverbrauch widerspiegeln, über den reinen Verbrauch hinaus, der während der Nutzung entsteht.

Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe

Mit dem neuen rot-grünen Klimaschutzgesetz machen wir Klimaschutz zur

Begründung

Bei der Betrachtung des Energieverbrauchs von Gebäuden ist es zwingend notwendig nicht nur auf den Verbrauch während der Nutzungsphase zu gucken, sondern auch miteinzubeziehen, welche Verbräuche an Energie und Ressourcen für Gewinnung, Herstellung und Transport der Baumaterialien und die Errichtung des Gebäudes eingesetzt werden oder wurden und welche Verbräuche bei Abriss oder Rückbau und Entsorgung der Baumaterialien entstehen. Bei entsprechender vorausschauender Planung ist das Einsparpotential gewaltig, auch wenn eine zukunftsfähige Bauweise mit regionalen, möglichst erneuerbaren, trennbaren und wiederverwendungsfähigen Materialien sich derzeit finanziell noch nicht entsprechend positiv auswirkt.

Unterstützer*innen

Tobias Fiedler (KV Wolfenbüttel); Klaus Habermann-Nieße (KV Hannover); Ute Dommel (KV Hannover); Matthias Brinkmann (KV Hildesheim); Malte Lindenmeyer (KV Hannover); Brigitte Nieße (KV Hannover); Ute Gabriele Lamla (KV Hannover); Stefanie Barz (KV Wolfenbüttel); Florian Döring (KV Wolfenbüttel); Petra Sarstedt-Hülsmann (KV Wolfenbüttel); Gerhard Voss (KV Osterholz); Joachim Löbe (KV Lüchow-Dannenberg); Ansgar Morawe (KV Helmstedt); Kornelia Mensendiek (KV Peine); Brigitte Betensted (KV Peine); Karin Bunk (KV Hildesheim); Aleksej Brose (KV Wolfenbüttel); Manfred Moschner (KV Hildesheim); Reinhard Hüttermann (KV Hannover); Christina-Johanne Schröder (KV Wesermarsch)

Ä15.1 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 11 bis 14:

betroffene Menschen und insbesondere Alleinerziehende und deren Kinder treffen die Preissteigerungen besonders hart. Verunsicherungen und Angst ~~vor immer weiteren Preissteigerungen~~ sind die Folge. [\[Zeilenumbruch\]](#)

Nun haben wir Grünen den Schalter umgelegt: Die Bundes- und Landesregierung hat

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.2 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 15 bis 17 löschen:

im Rekordtempo mit umfangreichen Hilfsprogrammen die Menschen vor steigenden Energiepreisen bewahrt und die ~~von Putins Gazprom aufgekauften und~~ geleerten Gasspeicher im Rekordtempo wieder aufgefüllt. Damit Energie auch in Zukunft

Ä15.4 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 47 bis 49:

besitzen, beim nächsten Heizungstausch in zukunftsfähige Anlagentechnik investieren und diese auch bezahlen können. Damit **können**wollen wir das Ziel der Klimaneutralität bereits im Jahr 2040 erreichen und sorgen dafür, dass

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.5 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 54 bis 63:

bezahlbare Energieversorgung der Zukunft stellen zwar der Bund und das Land, aber das Umsetzen geschieht in den Kommunen. ~~Den Umfang historisch zu nennen, in dem unsere Städte, Gemeinden und Landkreise für das Gelingen der Energiewende und damit für eine der zentralen Aufgaben der Gegenwart Verantwortung tragen, ist wahrlich keine Übertreibung: Sie sind es, die die Standorte abgrenzen und ausweisen müssen, um die Windkraftfläche in Niedersachsen wie geplant zu verdoppeln. Die Kommunen müssen die Gebiete für den Bau von Freiflächen-PV ausweisen und die Bürger*innen am Ausbau der Erneuerbaren beteiligen – um für die nötige Akzeptanz zu sorgen und regionale Wertschöpfung zu steigern.~~ Die Kommunen sind es, die die Standorte abgrenzen und ausweisen, um die Windkraftfläche in Niedersachsen wie geplant zu verdoppeln. Die Kommunen weisen die Gebiete für den Bau von Freiflächen-PV aus und schaffen damit die Möglichkeit der Beteiligung der Bürger*innen am Ausbau der Erneuerbaren – um für die nötige Akzeptanz zu sorgen und die regionale Wertschöpfung zu steigern. Die größte kommunale Aufgabe besteht jedoch darin, die Wärmewende voranzutreiben.

Ä15.6 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 80 bis 101:

und insbesondere die Menschen vor Ort gefragt, sich einzubringen. Es geht dabei um die Möglichkeit, sich individuell zu beteiligen, ~~etwa bei Abstimmungen über einen Standort für Windenergieanlagen in der Gemeinde oder durch das direkte Beteiligen an einer Anlage, die Energie erzeugt. Wo früher wenige Energieversorger*innen, die Bürger*innen, das Gewerbe und die Industrie mit Strom und Wärme versorgt haben, sind heute verschiedene Akteur*innen aktiv: Unternehmen, aber vor allem auch Privatpersonen, die mit Bürgersolaranlagen oder einer eigenen PV-Anlage auf ihrem Wohnhaus aktiv selber Energie erzeugen und damit die Energiewende mitgestalten.~~

~~Obwohl wir über innovative technologische Lösungen verfügen, braucht es für eine vollständige gelungene Transformation eine breite Akzeptanz und die Möglichkeit, mitzuwirken. Es geht vor Ort vor allem um Fragen des Standorts, ob die Windanlage im Wald oder auf dem Feld neben dem eigenen Hause stehen soll, welche Größe vertretbar ist. Anwohner*innen sollen sich mit ihren Sorgen gehört und ernst genommen fühlen. Wir setzen uns für transparente und frühzeitige Bürger*innenbeteiligungen ein. Für Konfliktfälle wollen wir eine Ombudsstelle ins Leben rufen, die zwischen Anwohnern*innen, Umweltverbänden und den Vorhabenträger*innen vermittelt.~~

~~Die innovativen technologischen Fortschritte, die Veränderungen auf den Energiemärkten und vor allem der Klimawandel führen dazu, dass mehr Bürger*innen sich an der Energiewende beteiligen wollen. Das zeigt: die an einer Anlage, die Energie erzeugt.~~

Obwohl wir über innovative technologische Lösungen verfügen, braucht es für eine vollständige gelungene Transformation eine breite Akzeptanz und die Möglichkeit, mitzuwirken. Wir setzen uns für transparente und frühzeitige Bürger*innenbeteiligungen ein. Für Konfliktfälle wollen wir eine Ombudsstelle ins Leben rufen, die zwischen Anwohnern*innen, Umweltverbänden und den Vorhabenträger*innen vermittelt. Die innovativen technologischen Fortschritte, die Veränderungen auf den Energiemärkten und vor allem der Klimawandel führen dazu, dass mehr Bürger*innen sich an der Energiewende beteiligen wollen. Die sozialen Aspekte der grünen Transformation sind zugleich zutiefst politisch. Deswegen setzen wir uns

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.7 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 108 bis 115 löschen:

Regierungen zu lange auf alte Geschäftsmodelle gesetzt, die wesentlich auf fossilen Rohstoffen beruhen, insbesondere auf Erdöl und Erdgas. ~~Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sehen wir uns deshalb zunehmend einem zuvor kaum vorstellbaren wirtschaftlichen Anpassungsdruck ausgesetzt. Den Preis dafür zahlen gerade insbesondere energieintensive Industrien, aber auch die Automobilindustrie, die zu lange die Augen vor dem absehbaren Siegeszug der Elektromobilität verschlossen hat und nun droht, den Anschluss zu verlieren.~~

Um unsere Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu erhalten und damit Wohlstand und

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.8 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 121 bis 124:

Den Menschen Sicherheit geben – die Transformation aktiv unterstützen

Klimaschutz **ist**kann ein Konjunkturprogramm insbesondere für unsere mittelständische Wirtschaft, die Industrie und das Handwerk sein: Windkraft- und Solaranlagen müssen produziert, errichtet, gewartet und gemanaget, Fernwärme- und Stromnetze müssen

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.9 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 126 bis 130:

ausgebildeten Mitarbeiter*innen wird das nicht gelingen. Daher hat das Land eine Fachkräfteinitiative gerade für die grünen Berufe gestartet. Wer **frü**bisher noch Öl- und Gas-Heizungen einbaute, **wird**kann jetzt auf Wärmepumpen umgeschult werden. Wer bislang Dieselmotoren produziert hat, **produziert**soll die in Zukunft Windräder und Solarmodule. Insgesamt bieten die Energiewende und Transformation viele neue

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.12 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 198 bis 201:

Niedersachsens günstige Standortbedingungen zu nutzen. Um die Energiewende und den Transformationsprozess unserer Wirtschaft zu beschleunigen, ~~hat unser Umweltminister~~ haben drei unserer rot-grünen Minister*innen unter der Federführung unseres Umweltministers Christian Meyer gemeinsam eine Task-Force Energiewende gegründet, in der die Expert*innen der verschiedenen Ministerien und wesentliche gesellschaftliche

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.14 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 248 bis 252 löschen:

für sogenannte Balkonanlagen, die es auch Mieter*innen ermöglichen, selbst kostengünstig Strom zu erzeugen. ~~Zudem sind Balkonkraftwerke auch für Immobilieneigentümer*innen oft der Auslöser für die Investition in eine PV-Anlage auf dem eigenen Dach.~~ Auf Bundesebene haben wir GRÜNEN zudem dafür gesorgt, dass Freiflächen-PV-Anlagen entlang von Autobahnen und mindestens

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.16 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 314 bis 319 löschen:

Investitionsentscheidungen nicht in eine Kostenfalle steigender Gaspreise geraten. ~~Denn da sich künftig die Kosten für das Gasverteilernetz auf immer weniger Haushalte verteilen, die noch mit Erdgas heizen, werden die Energiekosten entsprechend steigen. Grundlage dafür ist das Zusammenspiel von sinkender Gasnachfrage, gleichzeitig steigenden CO₂-Preisen und den wachsenden Kosten für das Gasverteilernetz.~~

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.17 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 326 bis 331 löschen:

der Einsatz von grünem Wasserstoff mögen in besonderen Einzelfällen zum Einsatz kommen. ~~Gleichwohl sind alle diese Alternativen knapp und mindestens auf die Dauer sehr teuer. Deshalb werden wir GRÜNE im Bund, im Land und vor allem in den Kommunen dafür sorgen, dass Holz, Methan und Wasserstoff nur dort zu Heizungszwecken eingesetzt werden, wo es dazu keine sinnvolle Alternative gibt.~~ Holz ist knapp und deshalb werden schon heute angeblich klimaneutrale

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.18 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 352 bis 359 löschen:

bestehenden Leitungen einfach nur durch Biomethan oder Wasserstoff ersetzen. Dem treten wir entschieden entgegen.

~~Der Treiber für smarte, resiliente und digitalisierte Energiesysteme sind die Daten. Die Kommunen haben Zugang zum Datenschatz, der das Grundgerüst für die grüne Transformation ist. Die Herausforderung liegt darin, die Privatsphäre und Selbstbestimmung der „Prosumers“ — also der Verbraucher*innen, die Energie sowohl verbrauchen als auch selber herstellen — zu achten und zugleich klare Regeln zu schaffen, um einen fairen Wettbewerb für alle zu ermöglichen.~~

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä15.20 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Malte Lindenmeyer (KV Hannover)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 478 bis 480:

drohende Energiekrise mit all ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen ~~abgewendet~~ abgeschwächt. Wir haben mit zahlreichen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen dafür gesorgt, zumindest die gravierendsten Folgen der massiven Preissteigerungen für

Begründung

Anpassungen vor dem Hintergrund der politischen Realität des MU und der LT-Fraktion.

Ferner: Entfernung von Doppelungen, Kürzungen, Redaktionelle Änderungen, Verbesserung der Lesbarkeit.

Ä16 Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Antragsteller*in: Annette Friedrichs (KV Hameln-Pyrmont)

Änderungsantrag zu LeitA1

Von Zeile 337 bis 339 einfügen:

Schadholz dauerhaft anfällt. Maßgeblich sind dabei unsere Ziele für einen naturnahen Umbau unserer Wälder. Um die Widerstandskräfte des bereits geschwächten Waldes im Klimawandel zu unterstützen, ist es erforderlich, den Ausbau von Windkraftträdern, die im Offenland für den Energiewandel nötig sind, im Wald möglichst zu vermeiden. Denn sonst kommt es zu einer verstärkten Zerstückelung und Erhitzung der Wälder, welches weiteres Waldsterben nach sich zieht und dem natürlichen Klimaschutz und unserer Trinkwasserversorgung schadet. Auch das Produzieren von Biomethan ist nur begrenzt möglich. Grund sind die zur Verfügung stehenden begrenzten Flächen, auf

Begründung

Sinn der Ergänzung: Windkraftanlagen im Wald aus Wald- und Klimaschutzgründen möglichst vermeiden...

Mit dieser Ergänzung sollen auch unsere Abgeordneten dazu aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, dass bei zukünftigen Gesetzen, der Bau von Windenergieanlagen im Wald erst dann ermöglicht wird, wenn keine anderen relativ konfliktarmen Standorte im Offenland zur Verfügung stehen und das Waldbrandrisiko bei zukünftigen Planungen stärker berücksichtigt wird. Wenn Windenergiestandorte in Waldgebieten zugelassen werden, sollte dies zuallererst auf mit technischen Einrichtungen oder Bauten vorbelasteten Industrie- und Gewerbeflächen, sowie Deponien oder vergleichbar vorbelasteten Standorten geschehen. Es sollte beachtet werden, dass möglichst keine neuen oder verbreiterten Zuwegungen dafür erforderlich sind. Zumindest in Schutzgebieten und anderen ökologisch wertvollen Waldstandorten soll die Nutzung von Windindustrie definitiv ausgeschlossen bleiben. In der Raumordnung und Landesplanung soll im Sinne des Antrages der Schutz von Waldflächen beim Bau von Windkraftanlagen im Vordergrund stehen.

Begründung: Windkraftanlagen im Wald schaden dem Wald und dem Klimaschutz Die Klimakrise, verbunden mit dem dramatischen Artenrückgang und dem Verlust von Lebensräumen, hat als zentrale Ursache den rücksichtslosen Raubbau und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Auch unser Wald ist von dieser übertriebenen Geschäftemacherei betroffen. Aktuell werden in Niedersachsen Gesetze verhandelt, die (unter wohlklingenden Überschriften) massive Schädigung unseres Waldes legitimieren sollen und damit unsere und die Überlebenschancen zukünftiger Generationen gefährden. Der Ausbau alternativer Energien, insbesondere von Windkraftanlagen, ist grundsätzlich erforderlich. Dies sollte jedoch auf eine nachhaltige Weise geschehen, so dass unsere Lebensgrundlagen nicht weiter zerstört werden. Eine kluge Energiepolitik setzt auf vielfältige Maßnahmen um die Klimaveränderungen abzumildern (z. B. effektive Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung und Förderung von Energieeinsparung durch Konsumreduktion). Waldzerstörung ist kein Klimaschutz. Unser Wald ist nicht nur wichtig für Ruhe und Erholung in schwierigen Zeiten, oder für den notwendigen Erhalt der biologischen Vielfalt, er ist unter anderem auch extrem wichtig für unseren natürlichen Klimaschutz. Der Wald kühlt nicht nur sich selbst, sondern auch sein Umfeld ab, filtert Staubpartikel aus der Luft, bildet Sauerstoff und ist wesentlich an unserer Trinkwassergewinnung beteiligt. Eine Aufrechnung nach der ein Windrad mehr Kohlendioxidfreisetzung verhindert als ein Hektar Wald (was ungefähr die Fläche wäre die ein Windrad im Wald mit seinen Zuwegungen und Abladeplätzen braucht), und damit angeblich klimafreundlicher sei, ist viel zu einfach gedacht und wird weder dem Klimathema, noch dem komplexen Ökosystem Wald und

seinem vielfältigen und existentiellen Nutzen für uns gerecht. Allein die dort stattfindende Trinkwassergewinnung ist für uns überlebensnotwendig und sauberes Trinkwasser wird in den nächsten Jahren absehbar knapp werden. Eine Studie im Auftrag des BfN, erstellt vom Leibniz-Institut für Umweltplanung Hannover belegt außerdem, dass Windkraft im Wald so gut wie gar nicht erforderlich ist: <https://www.uni-hannover.de/de/universitaet/aktuelles/online-aktuell/details/news/beschleunigung-der-energiewende-leibniz-universitaet-stellt-daten-fuer-die-standortplanung-von-winden/> Bzgl. der CO₂-Rechnungen *siehe*: <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/co2-zaehlen-ist-kein-klimaschutz> **Um die Problematik von Windindustrie im Wald besser zu verstehen ist folgendes Wissen um den Wald hilfreich: 1. Waldboden ist der kostbarste Boden den wir haben.** Er ist durch seine lange Entstehungsgeschichte wie ein löchriger Schwamm aufgebaut und speichert Wasser und Nährstoffe für die umgebenden Bäume und andere Pflanzen. Auch bildet er durch seine Wasserspeicherfähigkeit bei Unwettern einen wichtigen Überschwemmungsschutz für die Siedlungen um den Wald herum. Es dauert um die 100 Jahre um nur einen Kubikzentimeter Waldboden in annähernder Qualität wiederaufzubauen. Wird er durch Wegebau und Schwerlasttransporte verdichtet (wie ein zusammengequetschter, sich dann aber nicht mehr öffnender Schwamm) sterben dort die vom Sauerstoff in den feinen Poren lebenden Bakterien und Kleinstlebewesen. Anaerobe Bakterien vermehren sich und bilden das Gas Methan, welches für unser Klima weitaus umweltschädlicher ist als Kohlendioxid. Die Bodenverdichtung durch Bauten, Zuwegungen und deren Befahrung bildet außerdem unterirdisch für viele Bodenlebewesen eine tiefe unüberwindliche Barriere, zerschneidet dort Lebensräume und lässt unter anderem für die Bäume lebenswichtige Feinwurzeln und unterstützende Pilzstrukturen absterben. Auch unterirdische Wasserströmungen können dadurch beeinträchtigt werden. Hinzu kommt, dass durch den Betrieb einer Windkraftanlage über 5.000 Liter Gefahrstoffe wie Öl, Kühlflüssigkeit und Schmierstoffe in den Wald gelangen und sowohl den Boden als auch das Trinkwasser gefährden.

siehe: www.rettet-den-reinhardswald.de **2. Geschlossene Waldbestände bilden mit Hilfe ihres Blätterdachs ein eigenes Waldinnenklima aus.** Wird der Wald durch Löcher und Schneisen für Bauten und Wege weiter zerstückelt, entstehen innerhalb des Waldes immer mehr Randflächen und sogenannte „Hitzeinseln“, wo es durch direkte Sonnen- und Hitzeeinwirkungen zu massivem Stress und Feuchtigkeitsverlusten kommt und Bäume absterben. Die Vitalitätsverluste führen zu einer erhöhten Anfälligkeit für Insekten- und Pilzbefall. Hinzu kommt: Pro Jahr brennen in Deutschland ca. 10 Windkrafräder und auch im Wald gab es solche Brände. Der Deutsche Feuerwehrverband ist gegen Windkraftanlagen im Wald, weil die Windräder so hoch sind, dass sie nicht gelöscht werden können. Insbesondere durch die vermehrte Trockenheit im Klimawandel, muss dann durch die umherfliegenden brennenden Teile mit katastrophalen Waldbränden gerechnet werden. *siehe vom 25.7.2023*: [Wenn Windräder Bäume verdrängen: »Für den Wald ist es eine Katastrophe« - SPIEGEL TV - DER SPIEGEL](#)

Trotzdem wird oft behauptet, dass Windindustrieanlagen im Wald keinen wesentlichen Schaden erzeugen. 4 häufig vorgebrachte „windige“ Argumente sind: 1. „Bei vorgeschädigten Flächen (sogenannten Kamalitätsflächen, wie durch Borkenkäfer abgestorbene Fichtenwälder), ist es ja egal, da nutzen uns Windkrafräder viel mehr als der kaputte, ökologisch wertlose Wald“. Dabei wird übersehen, dass dort immer noch ein ökologisch wertvoller Waldboden vorhanden ist, auf dem neuer klimaschützender Wald nachwächst. Auf geschädigte Waldflächen mit noch mehr Zerstörung zu reagieren, anstatt den Wald in seinen Regeneration zu unterstützen, wirkt absurd. Wird der Wald zum Bauland für Industrieanlagen gemacht, wird wertvoller Waldboden für natürlichen Klimaschutz und die Trinkwassergewinnung (durch Speicherung und Filterung des Wassers) verloren. Außerdem wird der Wald auf Dauer für weitere Gefahren, wie z.B. Windwurf bei Unwettern, noch mehr geschwächt, da er den Stürmen mehr Angriffsflächen bietet. Viele weitere Langzeitfolgen der Windkraftanlagen im Wald sind noch nicht erforscht. **2. „Windindustrie schadet dem Wald nicht, da nur kleine Teile des Waldes bebaut werden“** Der Wald ist ein empfindliches Ökosystem, wo sich jegliche Eingriffe weit über die Grenzen der Baufläche hinweg auswirken. Möglichst unzerschnittene Wälder, können nur im Ganzen, unter einem großen, schützenden Blätterdach, ihre wichtigen Funktionen und ein dafür geeignetes Mikroklima aufrechterhalten. Windenergieanlagen werden diese Funktionen massiv stören, da sie den Wald mit breiten Zuwegungen, Straßen und bewuchsfrei zu haltenden Wartungsflächen weiter fragmentieren und die Austrocknung begünstigen. Im Brandfall können

die schwer bis unmöglich zu löschenden Anlagen erhebliche Wald- und Grundwasserschäden auslösen. **3. „Windindustrie ist relativ harmlos für Vögel und Fledermäuse, da durch Autos und Fensterscheiben viel mehr davon sterben“** Aktuell sterben in Deutschland schätzungsweise mindestens 200.000 Vögel und 250.000 Fledermäuse pro Jahr direkt durch die Rotoren von Windenergieanlagen oder ihre Sogwirkung. Durch den geplante Ausbau der Windenergie werden die Zahlen erheblich ansteigen. Für eine gefährdete Art kann schon der Verlust einzelner, weniger Individuen ausreichen, um die Population nachhaltig zu schwächen oder gar auszulöschen. Vogelarten, die die Anlagen großflächig meiden, wie das Auerhuhn oder der Schwarzstorch erleiden einen erheblichen Lebensraumverlust. *siehe:*

WEA_Sonderbroschüre_Landschaften u. Wälder schützen_Wissenschaftler kritisieren

EEG-Eckpunktepapier_Fähser u.a._ 2022.pdf Inzwischen dürfen selbst Landschaftsschutzgebiete mit Windkraftanlagen bestückt werden und werden dadurch vielfältig beeinträchtigt. (So hat z.B. der Rotor einer einzigen Windanlage vom Typ Vestas V150 5,6 MW ganze 150 Meter Durchmesser und streicht über eine Fläche von 17.660 Quadratmetern.) **4. „Windkraftanlagen im Wald werden von erholungssuchenden Wanderern kaum bemerkt“** Zu den offensichtlichen Waldauflichtungen durch die Windenergieanlagen und ca. 4,50 m breiten Wegen mit zusätzlichen Randstreifen (in Kurven weitaus mehr), kommen je nach Windsituation die Schlaggeräusche sowie die körperlich wahrzunehmenden Schwingungen der Rotoren. Die Auswirkungen auf die Waldästhetik, die Waldruhe und den ungestörten Waldgenuss können sehr intensiv sein. Insbesondere wenn mehrere Windräder im Wald stehen. *siehe hierzu:* **„Wirkung von**

Windrädern – mehr als bloße „Bildstörung“ von Prof. Dr. Josef Reichholf in

WEA_Sonderbroschüre_Landschaften u. Wälder schützen_Wissenschaftler kritisieren

EEG-Eckpunktepapier_Fähser u.a._ 2022.pdf *oder*

<https://www.facebook.com/PeterWohlleben.Autor/videos/479323976473734/> *oder*

<https://naturwald-akademie.org/waldwissen/walddiskurs/viel-wind-um-die-windkraft-im-wald/>

Aktuelle politische Probleme beim Waldschutz: Durch das neue EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Dies geschieht jedoch auf Kosten des Natur- und Artenschutzes. Die dadurch ermöglichte Verkürzung von Rechtswegen und die Einschränkung der Klagemöglichkeiten von Umweltverbänden, schwächt den Naturschutz und die Freiheit und Mitbestimmungsmöglichkeiten von uns Bürger*innen immens. Die dafür als Begründung immer wieder behauptete jahrelange Dauer von Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen ist fragwürdig. Der Bund-Länder-Kooperationsausschuss gab in seinem Bericht von 2021 an, dass die durchschnittliche Verfahrensdauer für die Genehmigung von Windkraftanlagen 2020 bei 7,6 Monaten lag, was für Projekte dieser Größenordnung relativ kurz ist. Dauerte es länger, lag dies in der Regel an fehlender oder fachlich unzureichender Personal-ausstattung, mangelhaften Antragsunterlagen der Beantragenden oder deren Versuch, entgegen geltendem Recht, in höchst wertvollen Naturgebieten zu bauen. Sinnvoller wäre es deshalb u.a. auch mehr Fachpersonal in den zuständigen Behörden einzustellen und die für eine kompetente Arbeit erforderlichen Qualifizierungen anzubieten. Auch sollten Naturschutzverbände mit ihrem Wissen um den Arten- und Waldschutz besser eingebunden werden, um frühzeitig Konfliktsituationen zu entschärfen (z.B. in Form eines Monitoring) und ausgewiesene Spezialisten aus den ökologisch relevanten Wissenschaftsbereichen beratend dazu geholt werden. Für den Waldschutz ist es essentiell die Folgen des EEG auf Landesebene möglichst abzumildern. Während der Wald für den Bau von Windindustrieanlagen in Niedersachsen vorher weitgehend eher tabu war, können die durch das EEG massiv erleichterten Industrialisierungsmöglichkeiten des niedersächsischen Waldes nur durch waldschonende Raumordnungsprogramme und Landes-waldgesetze eingegrenzt werden. Die aktuelle Diskussion zwischen SPD und Grünen auf Landesebene sieht da leider anders aus. Für den Wald und uns wäre es gut, wenn sich das ändert. Der Angstmacherei und den Beschleunigungstendenzen („anders geht es nicht. Wir haben auch keine Zeit gründlich und konsequent darüber nachzudenken, was für langfristige Folgen wir damit verursachen oder wie wir die Energieprobleme stattdessen lösen können. Wald- und Artenschutz ist sekundär“...), sollte unserer Zukunft zuliebe nicht nachgegeben werden. Waldschutz ist lebensnotwendig.

Unterstützer*innen

Lidia Ludwig (KV Hameln-Pyrmont); Carl-Georg Wrage (KV Diepholz); Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel); Frank Schwarz (KV Diepholz); Angelika Uminski-Schmidt (KV Wolfenbüttel); Hilmar Nagel (KV Wolfenbüttel); David Kassat-Wildhagen (KV Hannover); Petra Sarstedt-Hülsmann (KV Wolfenbüttel); Rochus Jonas (KV Braunschweig); Ulrike Buck (KV Diepholz); Beate Gries (KV Braunschweig); Sandra Deutschbein (KV Stade); Aleksej Brose (KV Wolfenbüttel); Inga-Brita Thiele (KV Diepholz); Karin Bunk (KV Hildesheim); Inge Prestele (KV Lüneburg); Georg Petau (KV Holzminden); Thomas Heidemann (KV Diepholz); Julia Pfeiffer-Schlichting (KV Uelzen)

Bewerbung

Tagesordnungspunkt: Nachwahl Parteirat (Frauenplatz)

Selbstvorstellung**Kurz-Steckbrief Anna Kebschull:**

- Geboren im Mai 1973
- Mitglied der Grünen seit 2010
- Dipl.- Ing. Chemieingenieurwesen / Biotechnologie
- Verheiratet und Mutter von drei erwachsenen Kindern
- 2002-2019 Inhaberin und Betreiberin eines eigenständigen Nachhilfeunternehmens mit drei Schulstandorten im Landkreis Osnabrück
- 2011-2019 Ratsmitglied in Bad Rothenfelde
- 2011-2016 Stellvertretende Bürgermeisterin von Bad Rothenfelde
- 2013-2020 Parteiratsmitglied in NDS
- 2016-2019 Kreistagsmitglied im Landkreis Osnabrück, stellvertretende Fraktionsvorsitzende
- Seit 2019 Landrätin des Landkreises Osnabrück
- Mitglied im Präsidium des NLT, stellvertretend
- Aufsichtsratsmitglied der Westenergie AG

**Geburtsdatum:**
1973-05-06**Kreisverband:**
Osnabrück-Land

- 2021 Mitglied der Verhandlungsgruppe „Wirtschaft“ für den Ampel-Koalitionsvertrag der Bundesregierung
- 2022 Mitglied der Hauptberatungsgruppe bei den Koalitionsverhandlungen in NDS
- Mitglied im Kommunalbeirat der Deutsche Telekom AG
- Mitglied im Ausschuss der Regionen (ADR) in Brüssel für NDS, stellvertretend

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir leben in herausfordernden Zeiten. Nicht nur weltpolitisch, sondern auch innerhalb Europas und Deutschlands scheinen unsere Demokratie und die Menschenrechte gefährdet. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Terror der Hamas in Israel und Gaza, sowie die Folgen des lange vorhergesehenen Klimawandels die immer spürbarer werden, stellen auch unsere Gesellschaft vor immer größere Herausforderungen. Diese genannten und viele weitere Fakten zwingen uns in eine Zeit der Veränderungen, in eine Zeit des „Andersmachens“.

Damit wir schnell genug die richtigen Wege finden brauchen wir mehr Kooperationen zwischen gesellschaftlichen Akteuren und bessere sachorientierte Vernetzung, davon bin ich überzeugt. Kommunale Bedarfe und die Realität vor Ort müssen schneller und effizienter in Land, Bund und Europa Gehör finden. Auf der kommunalen Ebene findet die Umsetzung statt, erreicht Veränderung die Menschen, hier wird die Basis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gelegt. Hier zeigt sich wie gut politische Rahmenbedingungen, die auf höheren Ebenen beschlossen wurden, vor Ort tatsächlich anwendbar sind. Viele Herausforderungen, wie z.B. die der Mobilitäts- Gesundheits- und Energiewende, sind höchst komplex. Sie betreffen zumeist die Menschen im ländlichen Raum und bedürfen einem neuen Verständnis und neuen Wegen der Zusammenarbeit. Einer Zusammenarbeit mit möglichst vielen unterschiedlichen Perspektiven und mit Verständnis und Vertrauen füreinander. Die mir wichtige, vielfach versprochene Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land kann durch gelungene Veränderung eine neue Chance erhalten.

Angesichts der Vielzahl der Herausforderungen bleibt uns keine Zeit für viele Umwege. Wir brauchen daher einen strukturierten, direkten Austausch insbesondere zwischen den politischen Ebenen, damit die Bedarfe der ausführenden, der kommunalen und auch ländlichen Ebene schneller und besser berücksichtigt werden können. So z.B. bei der Unterbringung und Integration von schutzsuchenden Menschen.

Gerne würde ich für einen guten Austausch zwischen den Ebenen meine kommunale Perspektive und Erfahrung als Landrätin und Hauptverwaltungsbeamtin eines großen ländlichen Raumes für die Arbeit im niedersächsischen Parteirat einbringen. Lasst uns die Herausforderungen gemeinsam und gut gestalten - als Chance für unsere Gesellschaft, für gute Lebensbedingungen in Demokratie und Frieden, für unsere Zukunft.

Vielen Dank!

Eure Anna

BuFr1

Pia Lucienne Bänecke

Bewerbung

Tagesordnungspunkt: Wahl Bundesfrauenrat - 4 weibliche Mitglieder, eine auf Vorschlag der LAG Frauen sowie Stellvertreterinnen)

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

mein Name ist Pia Lucienne Bänecke. Ich bin 23 Jahre jung und engagiere mich seit zwei Jahren bei den Grünen als Stadtratsmitglied und stellv. Sprecherin meiner Fraktion im wunderschönen Buchholz in der Nordheide.

Seit Beginn des Jahres bin ich ebenfalls im Ortsvorstand und seit der Bundesfrauenkonferenz in Mannheim diesen Jahres auch in der LAG Frauen tätig. An dieser Stelle nochmal ein großer Dank an die Organisator*innen, Helfer*innen und Speakerinnen der BFK – es war eine inspirierende Veranstaltung aus der ich viele Anreize zur Veränderung bei uns vor Ort mitnehmen und zum Teil schon umsetzen konnte. So wird seit kurzem benötigte Kinderbetreuung durch den OV finanziert, um mehr Mitgliedern die Teilnahme an politischen Veranstaltungen zu ermöglichen.

Um uns Frauen* politisch zu vereinen haben wir bei uns auch eine Ratsfrauenrunde eingerichtet, um gemeinsam mit allen Frauen* der demokratischen Parteien unsere Anliegen in den Rat einzubringen und uns gegenseitig zu stärken.

Aber auch neben der Politik ist es mir wichtig, Mädchen und Frauen* aller Altersklassen zu empowern. Als Kickboxtrainerin zeige ich ihnen wie sie selbst verteidigen und behaupten können, um selbstbewusst durchs Leben zu gehen und sich von niemanden einschränken zu lassen.

Und warum es mir so wichtig ist Frauen* zu bestärken, hat ganz persönliche Gründe.

TW: Häusliche Gewalt und Alkoholismus werden thematisiert.

Ich musste es als Kind mit meiner Mutter zusammen leider selbst erleben, wie es ist, wenn man finanziell und emotional von einem alkoholkranken, gewalttätigen Mann abhängig ist. Wie schwierig es ist sich zu lösen und wie viel schwieriger es ist, die richtige Unterstützung zu erhalten. Eine alleinerziehende Mutter mit einem Pflegegehalt ist nicht das was sich Vermieter wünschen und so befindet man sich dann schnell wieder beim besagten Mann. Die Botschaft die meine Mutter damals immer wieder wiederholte lautete: „Pia, bitte werde niemals abhängig von einem Mann“. Verdiane immer genug Geld, um auf eigenen Beinen zu stehen.“ Und das habe ich mir sehr zu Herzen genommen und es ist sicher gut, dass ich jetzt studiere und arbeite, aber das kann ja nicht die einzige Lösung sein. Heute weiß ich, dass es meiner Mutter zugestanden



Geburtsdatum:
2000-07-11

Kreisverband:
Harburg-Land

E-Mail:
pia@gruene-buchholz.de

hätte, genug Geld und Unterstützung zu bekommen, um nicht am Existenzminimum zu leben. Es hätte ihr Hilfe zugestanden, um gegen diesen Mann vorzugehen oder eine Wohnung zu finden. Und ihr steht nach all dem auch eine gute Rente und nicht die Zukunftsaussicht auf Armut zu. Aber so vielen Frauen* geht es heute genauso und diese Frauen* dürfen nicht mehr im Stich gelassen werden.

Wir brauchen einen **flächendeckenden Gewaltschutz** für Frauen* mit ausreichenden Kapazitäten in Frauenhäusern. Dabei darf die Existenzberechtigung und die Anzahl der Plätze nicht mehr davon abhängen wie viele Männer* ihre Frauen* verprügeln – sollen wir den Kerlen etwa noch dankbar sein? Nein. Wir brauchen lageunabhängige Hilfe, wir brauchen Gewissheit, dass die tolle Arbeit der Frauenhäuser auch zukünftig unterstützt wird und Bestand hat.

Und wir brauchen endlich bezahlbaren Wohnraum, auch für alleinerziehende Mütter. Dabei dürfen sich nicht der oder die Auszubildende, die alleinerziehende Mutter und die Person ohne festen Wohnsitz, um eine Wohnung streiten müssen, sondern wir brauchen genug Plätze für alle. Die Angst mit Kind auf der Straße zu stehen, weil man seinen Partner verlässt, muss besiegt werden. Damit sich nie wieder eine Frau* für Gewalt entscheiden muss.

Und es gibt noch viel mehr zu tun. Wir brauchen **psychologische Unterstützung** für alle Gewaltopfer und zwar unmittelbar und nicht nach 6 Monaten Wartezeit.

Wir müssen **Carearbeit** als das Anerkennen, was es ist. Arbeit! Und diesen ekelhaften Gedanken loswerden, dass es in der Natur der Frau* liegt, sich um Kinder mühelos kümmern zu können.

Wir müssen all die Jobs die vorwiegend von Frauen* erledigt werden, endlich gerecht vergüten. Pflegekräfte, Erzieherinnen, MFAs, Reinigungskräfte – sie alle werden sehr wahrscheinlich von **Altersarmut** betroffen sein und die meisten von Ihnen sind Frauen*.

Ihr seht, wir haben noch so viel vor uns. Ich will diese Riesenaufgabe mit anpacken und Schritt für Schritt Teil der Veränderung sein. Dafür bitte ich euch um eure Stimme.

Bewerbung

Tagesordnungspunkt: Wahl Bundesfrauenrat - 4 weibliche Mitglieder, eine auf Vorschlag der LAG Frauen sowie Stellvertreterinnen)

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit bewerbe ich mich als Delegierte für den Bundesfrauenrat. Ich heiße Mira Fels, bin 43 Jahre alt und Deutsch-Inderin aus Hannover. Derzeit arbeite ich im Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit bei unserer Landtagsfraktion und als persönliche Mitarbeiterin für unseren Fraktionsvorsitzenden Detlev Schulz-Hendel.

Außerdem bin ich Sprecherin der LAG Grundeinkommen - und „nebenbei“ noch verheiratet und Mutter von vier Kindern zwischen 3 und 13 Jahren. Beruflich habe ich schon einige Stationen hinter mir, von Journalismus über Wissenschaft, Arbeit im Bereich Corporate Social Responsibility bis hin zu Bürgerbeteiligung und Unternehmenstrainings.

Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gender Pay Gap, Gender Pension Gap oder Gender Data Gap beschäftigen mich schon lange - politisch und auch privat.

In Deutschland leisten Frauen nach wie vor einen erheblich größeren Anteil an Arbeit im Haushalt, bei der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen als Männer. Diese gesellschaftlich so bedeutsame, ja unerlässliche, Care-Arbeit ist zum größten Teil unbezahlt, was für Frauen trotz einer insgesamt zeitlich höheren Arbeitsbelastung zu einem deutlich niedrigeren Einkommen, schlechterer Absicherung, finanzieller Unsicherheit und häufig Abhängigkeit sowie schlussendlich zu einer nur halb so hohen Rente führt wie bei Männern.

Tragischerweise ist es zudem so, dass Frauen selber häufig unterdurchschnittlich versorgt werden, wenn sie der Pflege bedürfen. Geburtsstationen werden geschlossen oder zusammengelegt, Personal fehlt. Es gibt deutlich zu wenige Hebammen für den Bedarf, deren Arbeitsbedingungen und Entlohnung sind viel zu schlecht. Der Gender Data Gap beschreibt das Problem, dass die medizinische Forschung und Versorgung fast ausschließlich den männlichen Körper als Standard nimmt und daher die Ausprägungen vieler Krankheiten bei Frauen später diagnostiziert werden und auch sehr häufige rein weibliche Krankheiten wie beispielsweise Endometriose viel zu wenig erforscht sind und häufig erst nach langen Leidenswegen diagnostiziert werden.

All das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer patriarchalen Ordnung. Die Benachteiligung der Frauen ist historisch gewachsen,



Geburtsdatum:
1980-04-12

Kreisverband:
Region Hannover

Themen:
Familie, Frauenpolitik, Geschlechtergerechtigkeit, Kinder, Jugendpolitik, Demokratie, Soziales, Arbeit, Vielfalt, Migration, Integration, Entwicklungspolitik, Friedenspolitik, Globalisierung, Nachhaltigkeit, Wissenschaft

E-Mail:
gruene.mira@gmail.com

strukturell verankert und an vielen Stellen, wie beispielsweise beim Ehegattensplitting, geradezu system-immanent. Die Lösung kann daher auch nicht nur sein, dass Frauen mehr Erwerbsarbeit zu leisten. Stattdessen müssen die Strukturen schrittweise so angepasst werden, dass wir dem Verfassungsauftrag, Geschlechterungleichheiten entgegenzuwirken, immer besser gerecht werden. Care-Arbeit muss gesellschaftlich viel stärker anerkannt und aufgewertet und mittelfristig auch finanziell abgesichert werden. Dafür gilt es, angemessene Strukturen und Mechanismen - wie beispielsweise die Reform des Steuersystems aber auch die Kindergrundsicherung sowie darüber hinausgehende Maßnahmen - zu entwickeln und in die politische Umsetzung zu bringen.

Als Tochter einer alleinerziehenden Mutter, deren Vater sich zeitlebens weigerte regulären Unterhalt zu zahlen - einer Mutter, die als Krankenschwester in der Alten- und später Hospizarbeit tätig war. Als Mutter von insgesamt vier Kindern, von denen wähen Corona zwei in der Grundschule waren und ein Baby und ein Kleinkind zu Hause - während zugleich mein Vater krebskrank von Corona abgeschirmt werden musste, aber auch seine Kinder und Enkelkinder brauchte - und der als Vater, als indischer Vater zudem, ganz spezielle Ansprüche an seine erwachsenen Töchter hatte; als Frau, die neben der Mutterrolle in Führungsposition beruflich tätig war und dabei ausbrannte, ist keines der genannten Themen für mich Theorie.

Im Gegenteil, die Beseitigung der Steine, die Frauen an vielen Stellen in den Weg gelegt werden, ist für mich zutiefst persönlich und mit meinen eigenen Erfahrungen verknüpft.

Gerne möchte ich meine Erfahrung, mein Wissen und mein Engagement daher im Bundesfrauenrat einbringen und daran mitwirken, unsere Systeme gerechter zu gestalten. Ich freue mich, wenn Ihr mir dafür Eure Stimme gebt.

BuFr3

Julia Gebhardt

Bewerbung

Tagesordnungspunkt: Wahl Bundesfrauenrat - 4 weibliche Mitglieder, eine auf Vorschlag der LAG Frauen sowie Stellvertreterinnen)

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

der Begriff Krise ist kein Wort-Trend des 21. Jahrhunderts. Er ist Tatsache. Klima-Krise, Corona-Krise, Energie-Krise... Wir leben in einer Zeit des Terrors, des Kriegs, der Flucht und der sozialen Ungerechtigkeit. Laut Wahl-Umfragen scheint die Lösung im Erstarken der Rechten und Konservativen zu liegen.

Das bedroht jedoch nicht nur unsere Demokratie, sondern macht feministische Politik wichtiger denn je: **Fragen der Gleichstellung werden zu Fragen der Gerechtigkeit.** Der feministische Kampf darf nicht durch kulminierte Problemlagen unterdrückt werden, sondern muss Antwort auf eben diese sein und von linker Politik bestimmt werden!

Wenn ich mir einige Punkte der Gleichstellungspolitik anschau, ist meine Bestandsaufnahme eher nüchtern. Hier ein paar Beispiele: Frauen erhalten immer noch weniger Lohn als Männer und das in mitten von steigenden Preisen und Altersarmut. Kommunen klagen zurecht über Fachkräftemangel im frühkindlichen Bereich. Die häusliche Care-Arbeit übernehmen leider aber immernoch zu 80 % die Frauen in Deutschland. Dann ist da ja auch noch der Rechtsruck in Deutschland. Dieser ist Motor für Sexismus, Hass und Hetze u.a. im Netz, von der mehrheitlich FLINTA* Personen betroffen sind.

71,1% der Opfer von häuslicher Gewalt in Deutschland sind Frauen (Stand 2023). Queerfeindlichkeit in Deutschland ist 2022 um 16% gestiegen (Stand 2023).

Das sind Zustände, die wir als GRÜNE Feminist*innen nicht hinnehmen können! Hier braucht es dringend gerechte Lösungen.

Wenn ich vor Ort und außerhalb meines GRÜNEN Umfelds über Feminismus spreche, dann geht es meist nicht weiter als um die Notwendigkeit von gegenderter Sprache oder um Begriffe wie *FLINTA**. Feministische Bildung ist selbstverständlich die Grundlage für den **materiellen Kampf**. Aber wir wissen, es geht im **intersektionalen Feminismus** um mehr: Wir fordern seit Jahrzehnten mindestens die Hälfte der Macht für Frauen und das gleichberechtigte Leben Aller. Wir haben über Jahrzehnte den Kampf gegen den Paragraphen 219a geführt. Und wir können noch mehr schaffen. Dafür müssen wir Banden bilden, uns vernetzen und gemeinsam empowern. Es geht mir nicht um Lippenbekenntnisse und Feminismus darf, meiner Meinung nach, nicht nach quotierten



Geburtsdatum:

1998-05-07

Kreisverband:

Hildesheim

Themen:

Feminismus, Kultur, Demokratie und Teilhabe, soziale Gerechtigkeit

E-Mail:

julia.gebhardt@gruene-hildesheim.de

Listen und Gremienbesetzungen aufhören. Worauf wir den Blick lenken sollten, sind die materiellen Umstände, Lebensbedingungen und Verhältnissen, in denen FLINTA*Personen leben. Denn, wenn Christian Lindners Sparpolitik das Elterngeld kürzt, dann ist das sozial ungerecht und am Ende leiden vor allem Frauen darunter. Wenn das Asylrecht eingrenzt wird, ist das menschenrechtswidrig, und betrifft Frauen, die seit Jahren hier leben und ohne neue Arbeit oder Geld einfach in ein anderes Land geschickt werden. Wenn Trans*Rechte nicht gestärkt werden, dann werden FLINTA* Personen weiterhin diskriminiert und ausgeschlossen.

Patriachat und Kapitalismus sind beste Freunde. Lasst uns das ändern und echte Gleichstellungspolitik machen - **für Solidarität** mit unseren Schwestern intersektional und queerfeministisch. Es geht um mehr als um Sichtbarkeit. Ich möchte mit und für euch im Bundesfrauenrat Themen von materiellem Feminismus und Queerfeminismus diskutieren, miteinander streiten und gemeinsam die besten feministischen Ideen schmieden. Dafür brauchen wir Euch - engagierte, mutige Frauen. Euch zu empowern, sich innerhalb der Partei einzubringen und Barrieren der Teilhabe abzubauen, ist mein Herzenswunsch und versuche ich bereits auf kommunaler Ebene anzugehen.

Ich bin Julia, 25 Jahre alt, Feministin und komme aus Hildesheim. Ich habe große Lust auf die Arbeit im Bundesfrauenrat, darauf, meine Perspektiven aus der Basis mitzubringen und mich mit anderen tollen Feminist*innen zusammen zu kommen.

Vielen Dank!

Persönliche Eckdaten:

- Geboren 07. Mai 1998 in Magdeburg
- 2021 Bachelor of Arts in Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis an der Universität Hildesheim
- Seit Oktober 2021 Master-Studium Inszenierung der Künste und der Medien an der Universität Hildesheim
- Seit Oktober 2023 Vorstandsmitglied bei ab.hier.kultur e.V.
- Seit 2023 Teil des Theater- und Performance Kollektiv (AT)

Politische Eckdaten:

- Seit 2019 Mitglied bei GRÜNE JUGEND und Bündnis 90/Die Grünen

- Seit 2020 Mitglied im Ortsvorstand Hildesheim, seit 2022 Sprecherin des OV Hildesheim
- Mai 2021 bis Oktober 2021 Sprecherin der GRÜNE JUGEND Hildesheim
- Januar 2022 bis Oktober 2022 Moderation „GRÜNZEUG“ Podcast GRÜNE JUGEND Niedersachsen
- Seit November 2021 Stadträtin in Hildesheim
- Seit Dezember 2022 Regionalmitarbeiterin bei Rashmi Grashorn, MdL

Bewerbung

Tagesordnungspunkt: Wahl Bundesfrauenrat - 4 weibliche Mitglieder, eine auf Vorschlag der LAG Frauen sowie Stellvertreterinnen)

Selbstvorstellung

Liebe Leute,

Liebe Grüne Freundinnen und Freunde

Die Toleranz von Gewalt gegen Frauen*, ein gesellschaftliches Phänomen

„Gewalt gegen Frauen, Mädchen oder auch gegen Menschen mit anderen Geschlechtsidentitäten, ist eine der schwerwiegendsten und an den weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen weltweit. Sie tritt in vielen Formen auf: als körperliche, psychische, sexualisierte, soziale, wirtschaftliche, institutionelle und digitale Gewalt.“ (www.bmz.de/de/themen/frauenrechte-und-gender/gewalt-gegen-frauen-und-maedchen).

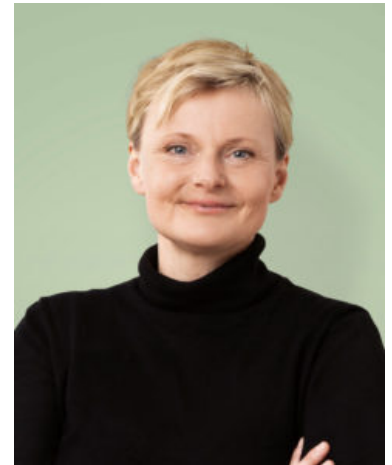
Weltweit ist jede dritte Frau während ihres Lebens zumindest einmal von körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt innerhalb oder außerhalb von Partnerschaften betroffen. Die Folgen der Gewalt hinterlassen psychische und physische Schäden für die Opfer. Der Zugang zum öffentlichen Leben, zur wirtschaftlichen Teilhabe, politischen Beteiligung und zur Bildung sind stark eingeschränkt.

Für Deutschland bedeutet dies, dass alle 4 Minuten eine Frau und ihre Kinder Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner erleiden.

Dies sind Frauen* von jeder Herkunft, aus allen sozialen Schichten, mit unterschiedlichem Einkommen und Bildungsstand. Die wenigsten Fälle werden angezeigt, noch weniger vor Gericht gebracht. Warum Opfer von Gewalt, keine Anzeige erstatten haben verschiedene Gründe: Scham, Angst vor Rache oder Vergeltung, ökonomische Abhängigkeit, Mangel an Unterstützung oder fehlender Glaube an eine wirksame Strafverfolgung. Aber auch die Tatsache das Gewalt gegen Frauen* von vielen in der Gesellschaft schlichtweg toleriert wird.

Gegenüber 2021 wurde vom Bundeskriminalamt ein Anstieg von partnerschaftlicher Gewalt um 9,1% verzeichnet. In Niedersachsen wurden von der Polizei allein 26.997 Fälle häuslicher Gewalt registriert. Im Vergleich liegt Niedersachsen demnach mit 11,08 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Dies sind ausschließlich die angezeigten Fälle. Das bedeutet, dass die hier aufgeführten Zahlen nur einen Teil des tatsächlichen Ausmaßes wiedergeben.

Trotz der Istanbul Konvention – ein Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt, (in Deutschland seit 2018 in Kraft getreten) wurde ein effektiver



Geburtsdatum:
1976-03-01

Kreisverband:
KV Wittmung

Themen:
Die Toleranz von Gewalt gegen Frauen*, ein gesellschaftliches Phänomen

E-Mail:
nicole.henkel@gruene-niedersachsen.de

Gewaltschutz nicht ausreichend umgesetzt. Vielmehr weisen die Hilfsstrukturen, Gesetzgebung und Finanzierung nach wie vor eklatante Lücken auf.

Dies zeigt eindringlich, dass Maßnahmen zur Prävention von Gewalt und die Unterstützung von Frauen* unabdingbar sind. Es erfordert, geschlechtsbezogene Gewalt als strukturelle Gewalt zu benennen und Frauen zu ermutigen, über ihre Erfahrungen zu sprechen und sicherzustellen, dass es wirksame Unterstützungsstrukturen gibt und diese weiterhin überall einfach erreichbar und barrierefrei zugänglich sind und allen Betroffenen ihre Rechte auf ein gewaltfreies selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Als feministische Politikerin gehe ich diese drängenden Probleme selbstverständlich an, und werde auch weiter unermüdlich kämpfen und mich für das Recht auf ein gewaltfreies Leben einsetzen. Ich mache mich für eine solidarische, gleichberechtigte, gewaltfreie Gesellschaft stark und genauso möchte ich Euch mit dieser Frauenpower im Bundesfrauenrat vertreten. Dort will ich diese und andere feministische Politik unterstützen, vorantreiben und die Stimme der Frauen in der Politik stärken.

Danke für euer Vertrauen!

Meine Grüne Politische Arbeit

Kommunal Ebene

- Seit 2021 stellvertretende Ratsvorsitzende, Gemeinderat Friedeburg
- Vorsitzende des Planungs- und Umweltausschusses & Mitglied des Bau- und Schulausschusses
- Gründerin und Sprecherin des OV's Friedeburg
- Mitglied der Grünen Frauen AG Wittmund

Landeebene

- Mitglied des Landevorstandes
- Projektleitung: Fachkommission ländliche Räume/ LaVo
- Mitglied der LAG Frauen
- Mitglied der LAG Kultur AG ländliche Räume

- Mitglied der LAG Landwirtschaft

Bundesebene

- BAG Kultur Delegierte

- Mitglied BAG Kultur AG Sexismus und Machtmissbrauch

Private Infos

Ich habe Kultur & Politikwissenschaften in Göttingen & Cork studiert und mit einem wissenschaftlichen Magister & zweiten irischen Staatsexamen abgeschlossen. Seit 2004 bin ich selbständig als Yoga Therapeutin tätig. Ich bin verheiratet mit einem Iren und gemeinsam haben wir den Murphys Clan um drei Mitglieder erweitert. Hobbies: Forest Bathing & Meditation, und all Year Outdoor Swimming. Verständlicherweise, bei Faschismus, Gleichberechtigung und sozialer Gleichheit absolut keine Grauzone!

Bewerbung

Tagesordnungspunkt: Wahl Bundesfrauenrat - 4 weibliche Mitglieder, eine auf Vorschlag der LAG Frauen sowie Stellvertreterinnen)

Selbstvorstellung

Liebe Freund:innen,

ich möchte mich hiermit als Delegierte für den Bundesfrauenrat bewerben. Mein Name ist Bettina Schulte, ich bin 54 Jahre alt und gehöre erst seit September 2022 den „Grünen“ an. In meinem Wohnort Duderstadt konnte ich mich allerdings schon gut in parteipolitische Fragestellungen und Strukturen einarbeiten. Neuerlich bin ich als Beisitzerin in den Kreisvorstand Göttingen gewählt worden und freue mich auf die dortige Tätigkeit. -

In meinem konservativ und damit patriarchal geprägten Wohnort Duderstadt war und ist es mir nicht nur politisch, sondern auch beruflich stets ein besonderes Anliegen, für die Rechte von Frauen zu streiten:

Seit 27 Jahren bin ich als Rechtsanwältin tätig, davon 19 Jahre als Fachanwältin für Familienrecht. Dabei ist das Thema der sozialen Benachteiligung von Frauen stets präsent, besonders deutlich bei Vorliegen von „partnerschaftlicher Gewalt“.

Gewaltbetroffene Frauen müssen oftmals erleben, dass sie im Trennungsfall nur unzureichenden Schutz durch staatliche Stellen, wie Gerichte und das Jugendamt, erhalten. Bedingt ist dies nach meiner Einschätzung durch nicht immer vorhandene Fachkenntnisse und mangelnde Sensibilität und soziale Kompetenz der Akteur:innen.

Ich halte es daher für unerlässlich, mich in in örtlichen Arbeitskreisen zu den Themen „häusliche und sexuelle Gewalt“, sowie „Konsens bei Trennung u. Scheidung“ zu engagieren, zu vernetzen und auf fachlicher Ebene auszutauschen.

Obgleich durch das Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes vor 21 Jahren bereits viel erreicht worden ist, existieren nach wie vor gravierende Missstände, die es zu benennen und zu beheben gilt.

Wir brauchen insbesondere

- eine stringente und zügige Umsetzung der Regelungen der Istanbul-Konvention auf allen Ebenen, insbesondere auch durch die Familiengerichte bei sorge- und umgangsrechtlichen Fragestellungen; hierfür ist unerlässlich, sämtliche Akteur:innen bezüglich des Themas „Gewaltschutz“ besser aus- und fortzubilden;



Geburtsdatum:
1968-11-27

Kreisverband:
Göttingen

Themen:
Soziale Gerechtigkeit,
Frauenpolitik, Migration und
Integration, Klimaschutz

E-Mail:
rain.schulte@googlemail.com

- mehr Frauenhausplätze oder aber andere Formen von Frauenschutzwohnungen; die Empfehlungen des Europarates (1 Platz auf 7.500 Einwohner:innen) werden bundesweit nicht ansatzweise erreicht;
- mehr Schutzräume von Migrantinnen in Asylbewerberunterkünften
- mobile Beratungsangebote im ländlichen Raum
- zeitnahe, psychologische Unterstützungsmöglichkeiten

Um diesen berechtigten Forderungen auch politischen Nachdruck zu verleihen, habe ich mit einigen Grünen Freundinnen, aber auch mit anderen kommunalpolitisch interessierten Frauen, sowie unserer örtlichen Gleichstellungsbeauftragten eine frauenpolitische Gruppe gegründet. Insbesondere auf meine Initiative bearbeiten wir auch dort vornehmlich das Thema „Gewalt gegen Frauen“. In mehreren öffentlichen Präsentationen haben wir auf die gesetzlichen Regelungen des Gewaltschutzgesetzes und die bestehenden Beratungsstrukturen hingewiesen, gleichzeitig aber auch o.g. politischen Forderungen benannt. Daneben werden wir uns in Zukunft auch für andere frauenpolitische Themen stark machen.

Ich möchte meine fachlichen Kenntnisse und Erfahrungen gerne im Bundesfrauenrat einbringen und damit einen Beitrag leisten, der nach wie vor bestehenden tatsächlichen und strukturellen Ungleichheit von Frauen entgegenzutreten. Über Eure Stimme würde ich mich freuen.

Bewerbung

Tagesordnungspunkt: Wahl Bundesfrauenrat - 4 weibliche Mitglieder, eine auf Vorschlag der LAG Frauen sowie Stellvertreterinnen)

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

eine intersektionale feministische Politik brauchen wir überall! Wir Frauen sind über die Hälfte der Menschen, aber wie wir lernen wollen, wie wir uns im öffentlichen Raum bewegen können, wie wir in Sicherheit leben, arbeiten, denken, fühlen, findet in der Politik zu wenig bis gar nicht statt. Das müssen wir ändern!

Wir Grüne sind hier an vielen Stellen auf einem guten Weg. Ich bin deswegen sehr froh, dass wir in der niedersächsischen Landtagsfraktion einen Frauenanteil von über 60% haben. Und dass wir Frauen hier zudem auch divers vertreten sind. Wir haben eine durchmischte Altersstruktur, wir sind Women of color, wir sind queer, wir sind urban und ländlich, wir haben Kinder oder keine, wir sind links, ungebunden und reala - kurz wir sind bunt. Und in dieser Vielfalt bringen wir auch unsere Perspektiven in unsere Politik ein. Meine Vision ist, dass wir bei jedem unserer Vorhaben und Entscheidungen eine intersektionale feministische Perspektive einnehmen.

Wir leben immer noch in einer vielfach patriarchal geprägten Welt. Das Ziel muss jedoch sein, dass wir alle hier so gut wie möglich und so sicher wie möglich leben können.

Sicher zu sein, vor allem im eigenen Zuhause, ernst genommen werden vor Gerichten, auch bei einer Vergewaltigung - leider ist all das noch nicht selbstverständlich. In Deutschland ist die Anzahl der Opfer häuslicher Gewalt zuletzt gestiegen: Es ist unfassbar, aber jede Stunde werden mehr als 14 Frauen Opfer von Partnerschaftsgewalt. Beinahe jeden Tag versucht ein (Ex)Partner eine Frau zu töten. Aber auch im Alltag, auf einer Party, in der Bahn können wir uns nicht ungestört bewegen und sicher sein vor sexualisierter Gewalt und übergriffigem Verhalten. Gewalt in jeder Form zu verhindern, hat oberste Priorität!

Nur wenn wir uns sicher fühlen und Vertrauen in unseren Rechtsstaat behalten, sind wir in der Situation, an unserer Gesellschaft teilzuhaben und diese mitzugestalten.

Die Perspektiven von uns Frauen in ihrer Vielfalt müssen in Fragen der Mobilität, der Bekämpfung des Klimawandels, in Gesundheitsthemen, im lebenslangen Lernen, in der Forschung und überhaupt überall Teil der Entscheidungen, Teil des Lebens sein. Wir müssen gemeinsam neue Patriarchat-freie Strukturen entwickeln.



Geburtsdatum:
1973-11-04

Kreisverband:
Vechta

Themen:
intersektionale feministische Politik, soziale Gerechtigkeit, Wissenschaft, Lebenslanges Lernen, ländlicher Raum

E-Mail:
mail@tanjameyergruen.de

Gerade der Monat November ist symbolisch dafür, dass uns das zusammen gelingen kann. In diesem Monat vor 105 Jahren haben Frauen nach langem und intensivem Kampf das aktive und passive Wahlrecht in Deutschland durchgesetzt. Eine wegweisende und entscheidende Entwicklung. Es nimmt uns aber auch in die Verantwortung. Nicht nur zu wählen, sondern uns auch zur Wahl zu stellen oder uns anders einzubringen. Wenn wir wollen, dass diese Gesellschaft, diese Welt für uns heute und für unsere Töchter morgen ein gleichberechtigter und sicherer Ort ist, dann müssen wir alle zusammen, intersektionale feministische Politik machen!

Als frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Niedersachsen möchte ich diese Gedanken mit in den Bundesfrauenrat tragen. Ich würde gerne zusammen mit den Frauen der anderen grünen Fraktionen, der Länder und des Bundes dazu beitragen, eine feministische Welt zu prägen. Für die Freiheit zu leben, wie wir wollen.

Noch ein paar Worte zu mir:

Ich bin seit dieser Legislatur frauenpolitische Sprecherin und Sprecherin für Gesundheit & Pflege der Landtagsfraktion in Niedersachsen. Zusammen mit meiner Familie wohne ich in Lohne, im Landkries Vechta. Bevor ich Abgeordnete im Landtag geworden bin, habe ich als Gleichstellungsbeauftragte an der Universität Vechta gearbeitet. Seit 2021 bin ich zudem Mitglied des Kreistages in Vechta.

Themen, die mich politisch unter feministischer Perspektive besonders umtreiben sind natürlich Gewaltschutz, Gesundheit & Pflege, soziale Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit, lebenslanges Lernen und Politik für den ländlichen Raum und eine nachhaltige Landwirtschaft.

Ich würde mich Euer Vertrauen sehr freuen!

Bei Austauschbedarf, sprecht mich gerne an!

Feministische Grüße



Bewerbung

Tagesordnungspunkt: Wahl Landesfinanzrat - sechs Mitglieder

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin nun schon seit einiger Zeit im Landesfinanzrat und würde gern weiter die Finanzen unseres Landesverbandes begleiten. Der Landesfinanzrat berät und unterstützt den Landesschatzmeister in Finanzfragen, also beispielsweise zum Haushalt des kommenden Jahres, zum finanziellen Jahresabschluss oder auch zu einer mittelfristigen Finanzplanung.

Eine schnelle Klimaneutralität, eine feministische Gesellschaft oder eine ökologische Argrarwende: das alles sind inhaltliche Forderungen, die uns als Partei ausmachen. Um für all diese wichtigen Themen Kampagnen zu starten und inhaltliche Arbeit umzusetzen, braucht unser Landesverband eben auch eine gute Verwaltung seiner Finanzen. Hier möchte ich gern weiter unterstützen und mich einbringen.

Bei der Arbeit im Landesfinanzrat durfte ich thematisch immer wieder viel Neues lernen. Da die Arbeit im großartigen Team immer viel Spaß macht, bewerbe ich mich erneut auf einen der sechs Plätze im Landesfinanzrat.

Ich konnte in drei Jahren Arbeit als Schatzmeisterin im Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen und meiner langjährigen Tätigkeit als Kreiskassiererin im Kreisverband Göttingen schon einige Erfahrung im Bereich Finanzen sammeln und würde diese gerne auch wieder im Landesfinanzrat einbringen. Auch durch mein Mathestudium habe ich eine gewisse Affinität zu Zahlen entwickelt, die bei Finanzen stets hilfreich ist.

Bei weiteren Fragen spricht mich gerne an oder schreibt mir.

Herzliche Grüße

Pippa Schneider



Geburtsdatum:

Kreisverband:

Göttingen

Themen:

Hochschulpolitik, Feminismus,
Finanzen

E-Mail:

pippa.schneider@gj-nds.de

A1 Für eine niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 08.11.2023

Tagesordnungspunkt: 7. Für eine Niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

Antragstext

502 Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begann die größte Fluchtbewegung
503 in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch nicht nur aus der Ukraine, sondern
504 auch aus anderen Ländern wie Afghanistan oder Syrien suchen Menschen Schutz bei
505 uns in Niedersachsen. Den damit einhergehenden Herausforderungen müssen wir uns
506 stellen und Antworten bieten, die real existierende Probleme lösen.

507 Kriege, Armut, Repression und auch der Klimawandel zwingen viele dazu, einen
508 sicheren Ort zu suchen. Dabei stehen für uns zwei Dinge im Vordergrund: Wir
509 wollen unserem historischen Anspruch gerecht werden, den uns das Grundrecht auf
510 Asyl mitgibt. Die individuelle Asylprüfung bleibt unantastbar. Zum anderen wollen
511 wir Niedersachsen als Einwanderungsland weiter gestalten. Deshalb werben wir für
512 eine Kultur der Integration ab dem ersten Tag, gemeinsam mit Unternehmen,
513 Gewerkschaften, sozialen und kirchlichen Verbänden. So können wir der Realität
514 gerecht werden, dass wir in den nächsten Jahren auf Zuwanderung angewiesen sein
515 werden. Wir setzen uns ein für eine offene und liberale Einwanderungs- und
516 Arbeitsmarktpolitik in Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und Asyl im
517 Grundgesetz. Menschen auf der Flucht dürfen nicht kriminalisiert und entrechtet
518 werden. Wir GRÜNE in Niedersachsen stehen für eine humane und vernünftige
519 Asylpolitik, keine Scheinlösungen. Wir GRÜNE in Niedersachsen stehen für eine
520 humane und vernünftige Asylpolitik, keine Scheinlösungen.

521 Das Grundrecht auf Asyl verteidigen und Integration erleichtern

522 Niedersachsen ist ein weltoffenes Einwanderungsland und war es schon immer. Wir
523 möchten allen Menschen ermöglichen, frei von Angst und Diskriminierung in einem
524 Bundesland der Chancengleichheit leben zu können. Den jetzigen wie den kommenden
525 Herausforderungen in der Aufnahme müssen wir gerecht werden. Auch wenn wir aus
526 Niedersachsen heraus nicht die weltpolitische Lage bedeutend verändern können,
527 tragen wir dennoch unseren Teil dazu bei. Als GRÜNE in Niedersachsen leisten wir
528 mit Sachpolitik und handfesten Vorschlägen einen Beitrag, der den teils
529 überhitzten Diskurs auf feste Beine stellen soll. In diesem Sinne begrüßen wir
530 es grundsätzlich, dass es einen Pakt von Bund und Ländern für eine höhere
531 Finanzierung gibt, auch wenn wir GRÜNE uns in vielen Bereichen andere Lösungen
532 gewünscht hätten, wie bei der Verschlechterung bei den Leistungen für
533 Asylsuchende oder der Einführung einer Bezahlkarte. Die Menschen erwarten von
534 der Politik Antworten auf die Herausforderungen im Land und dass wir gemeinsam
535 konsequente Schritte zur Lösung gehen. Hier bietet der verhandelte Pakt nun eine
536 Grundlage, die im Ringen um die besten Wege geeint wurde.

537
538 Die Niedersächsischen Gemeinden und Landkreise leisten Großartiges und verdienen
539 unsere breite Unterstützung bei der Aufnahme von Geflüchteten. Und auch ohne das

540 große Engagement unzähliger Freiwilliger, Vereinen und Hilfsorganisationen würde
541 die aktuelle Herausforderung nicht zu meistern sein. Ihnen allen gilt unser
542 großer Dank und unsere Wertschätzung. Diese Leistung muss gewürdigt und
543 unterstützt werden.

544 Unsere niedersächsischen Kommunen sind zu einem großen Teil in
545 Haushaltssicherungskonzepte gerutscht, da sie ihre vielzähligen Aufgaben kaum
546 noch ausfinanzieren können. Doch sie sind es, die diese Integrationsleistung vor
547 Ort umsetzen und wo Menschen auf der Flucht ankommen. Neben der finanziellen
548 Notlage fehlt es auch an kurzfristig verfügbarem Wohnraum, Kitaplätzen und
549 Lehrkräften. Kommunen brauchen Planungssicherheit und einfachere Verfahren. Wir
550 nehmen diese Gestaltungsaufgabe weiter an und arbeiten an Lösungen, die
551 unmittelbar und tatsächlich zur Erleichterung der Situation beitragen.
552 Wir stellen fest, dass eine gute Asylpolitik nur durch ein enges Zusammenspiel
553 aller politischen Ebenen und einem klaren Bekenntnis aller Parteien zu der Suche
554 nach Lösungen anstatt eines weiteren Aufheizens der Situation gelingen kann.
555 Dieses muss durch konstruktive anstatt vermeintlich einfache Lösungen geschehen,
556 die der komplexen Realität gerecht werden. So schaffen wir eine Asyl- und
557 Migrationspolitik, die dauerhaft Humanität und Vernunft verantwortungsvoll und
558 solidarisch zusammenbringt. Der Wettlauf um die radikalste Forderung, die am
559 Ende keine Herausforderung löst, aber politisch Rechtsextreme stärkt, muss
560 beendet werden.

561
562 Schutz statt Scheinlösungen

563 Um tatsächlich Entlastung für Kommunen zu schaffen, helfen keine Scheinlösungen
564 wie unwirksame Grenzkontrollen, Sachleistungen oder der Fokus auf Abschiebungen,
565 denen in der Regel wirksame Rechtsgründe und menschenrechtliche Standards
566 entgegenstehen. Kommunen müssen strukturell in ihren Finanzen besser aufgestellt
567 werden, um allen Aufgaben gerecht werden zu können. Überforderte und
568 unterfinanzierte Kommunen vor Ort gefährden letztendlich demokratische Prozesse
569 und erschüttern das Vertrauen in die Demokratie.

570 Es braucht ein klares Bekenntnis aller Ebenen, unsere Kommunen mit dieser
571 Herausforderung nicht alleine zu lassen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, im
572 Rahmen der Landeskoalition sowie der Bund-Länder-Abstimmungen alle Möglichkeiten
573 zu prüfen und zu unterstützen, die Kommunen real entlasten. Ein erster Erfolg
574 ist die Einigung im Rahmen der Bund-Länder-Gespräche, dass Kommunen eine
575 verlässliche und auskömmliche Unterstützung bei der Finanzierung der Aufnahme,
576 Versorgung und Integration, inklusive der Vorhaltekosten bekommen. Es ist ein
577 wichtiger Schritt, dass der Bund hier jetzt mehr leistet und dass es den
578 Einstieg in ein atmendes System gibt. Dafür hat sich die Landesregierung
579 erfolgreich stark gemacht.

580 Neben der Versorgung von geflüchteten Menschen muss sich das Land auch
581 innenpolitisch auf die Aufnahme von angeworbenen Fachkräften vorbereiten, die
582 ebenfalls einen Integrationsbedarf haben. Auch hierfür werden in den nächsten
583 Jahren Kita-Plätze, Wohnungen und Integrationskurse gebraucht.

584 Wir möchten den Kommunen langfristige Planungssicherheit geben. Das geht nicht
585 im Sechs-Monats-Rhythmus, sondern braucht längerfristige Sicherheit.

586 Im Zentrum steht für uns eine bessere und verlässliche Grundfinanzierung von
587 Kommunen bei der Aufnahme.

588 Die Einführung der pro-Kopf-Pauschale ist hierfür ein erster richtiger Schritt

589 und stellt einen echten Systemwechsel dar, den wir grundsätzlich begrüßen. Zur
590 pro-Kopf-Pauschale soll ein Bundes-Investitionsfond eingeführt werden, der aus
591 Mitteln des Bundes gefüllt wird. Aus diesem Fonds sollen langfristige
592 Investitionen getätigt werden, die im

593 Zusammenhang mit der kommunalen Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen.

594 Zusätzliche Kitas und Schulräume werden durch die Aufnahme insbesondere vieler
595 aus der Ukraine geflüchteter Menschen dringend benötigt. Wir schlagen vor, dass
596 für diese besonderen

597 Maßnahmen auch Mittel aus dem europäischen Asyl-, Migrations, und
598 Integrationsfonds (AMIF) beantragt werden sollen. Damit würde jeder in ein
599 Projekt investierte Euro durch EU-Mittel verneunfacht. Dies ist ein enormer
600 Hebel, der bisher weitestgehend ungenutzt bleibt.

601 Die Verteilung in Niedersachsen ist nicht gleichmäßig, denn jede Kommune hat
602 ihre eigenen Kapazitäten. Denjenigen, die in der Vergangenheit vorgesorgt haben
603 oder jetzt besonders viel leisten, möchten wir mit einer Sonderzuweisung helfen.
604 So können sich die lokalen Entscheidungsträger*innen wieder auf das
605 konzentrieren, was gerade gebraucht wird.

606 Zur Entlastung der Ausländerbehörden trägt schon jetzt der im
607 Chancenaufenthaltsrecht angelegte Spurwechsel bei. Den Spurwechsel wollen wir
608 ausweiten, denn damit können Menschen in die Erwerbsmigration wechseln. Auch die
609 Reduzierung von Vorspracheterminen und eine bundesweit einheitliche digitale
610 Aktenführung wären ein entscheidender Beitrag zur Entlastung. Das ist eine
611 vernünftige und zielführende Maßnahme, im Gegenteil zur Kürzung von
612 Sozialleistungen – denn dadurch würde die Zahl der Geflüchteten nicht sinken,
613 aber es würden soziale Probleme verschärft.

614 Über die Verwendung der Gelder, die vom Bund den Ländern zur Verfügung gestellt
615 wurden, muss Transparenz hergestellt werden. Die niedersächsische
616 Landesregierung informiert transparent über die Verwendung der Mittel. Das
617 Bundesland Bayern hat bisher nur einen Bruchteil der Unterstützung des Bundes an
618 die Kommunen weitergegeben. Wir möchten deshalb eine Transparenzpflicht
619 einführen, wie die Mittel des Bundes verwendet werden. Wir hoffen, dass Bayern
620 ein Einzelfall bleibt.

621 Ankommen erleichtert: Für mehr Teilhabe ab dem ersten Tag

622 Wir wollen, dass Niedersachsen ein wirtschaftlich starkes Land bleibt.
623 Integration, Sprachförderung, Aus- und Weiterbildung sowie die Erleichterung der
624 Anerkennung von Abschlüssen bewirken, dass in naher Zukunft das ganze Land
625 profitiert. Ein wichtiger Baustein für unsere lokale Wirtschaft sind Arbeits-
626 und Fachkräfte, für die wir ein attraktives Ziel sein müssen. Darin sind sich
627 Ökonom*innen, aber auch Handwerksbetriebe und Unternehmen einig, die dringend
628 Mitarbeitende und Auszubildende brauchen. Auch die öffentlichen Kassen werden
629 entlastet, wenn Menschen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Dies
630 scheitert nicht am Willen der Zugewanderten, eine Tätigkeit aufzunehmen, sondern
631 an rechtlichen Hürden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Geflüchtete ab dem
632 1. Tag nach der dreimonatigen Wartefrist arbeiten dürfen und dass Arbeitsverbote
633 abgeschafft werden.

634 Zusätzlich müssen Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungen als ein
635 wesentliches Instrument zur Arbeitsmarktintegration von internationalen

636 Fachkräften gesetzlich verankert werden. Doch darüber hinaus brauchen wir auch
637 die benötigte und politisch gewollte Willkommenskultur vor Ort.

638 Niedersachsen ist ein offenes und vielfältiges Bundesland, das die nötigen
639 Vorkehrungen dafür trifft, damit dieses Zusammenleben in Vielfalt gelingt. Die
640 meisten Menschen, die zu uns gekommen sind, werden bleiben. Eine
641 verantwortungsvolle Politik schafft darum die Möglichkeit für eine schnelle und
642 langfristig gelingende Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt.
643 Dafür muss es eine gemeinsame, verbindliche Verständigung aller Beteiligten
644 darüber geben, wie das gelingen kann.

645 Im Rahmen der Vorschläge durch die Ministerpräsident*innenkonferenz fordern wir
646 eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft und Wissenschaft in der Kommission
647 des MPK-Beschlusses.

648 Verschiedenen Studien sind mit dem Versuch gescheitert, den Nachweis zu
649 erbringen, dass Menschen durch weniger Sozialleistungen nicht nach Deutschland
650 kommen, Durch Sachleistungen werden den Kommunen zudem weitere bürokratische
651 Aufgaben auferlegt, dadurch bleiben Probleme ungelöst und Behörden werden
652 überfordert. Stattdessen müssen Verfahren digitalisiert und vereinfacht werden.
653 Wie es gehen kann, zeigt Oberbürgermeister Belit Onay mit der Socialcard. Die
654 geplanten Einschränkungen bei den Leistungen für Asylbewerber*innen in den
655 ersten drei Jahren werden zur Konsequenz haben, dass zum Beispiel Familien mit
656 Kindern in dieser Zeit geringere Integrationsleistungen bekommen als mit dem
657 Bürgergeld. Damit wird Integration verhindert.

658 Die Einwanderungs- und Ausländerbehörden in Niedersachsen sowie die
659 Verwaltungsgerichte müssen personell besser aufgestellt werden und brauchen
660 Vereinfachung sowie Rechtssicherheit, um Verfahren zu beschleunigen und Engpässe
661 zu beheben. Auch hierbei spielt die Digitalisierung eine große Rolle.
662 Migrationsstrukturen auf Landesebene und auf kommunaler Ebene sollen gestärkt
663 werden. Die großartige Leistung der Migrationsberatungen in Niedersachsen ist
664 von unschätzbarem Wert. Ihre Arbeit soll dauerhaft auskömmlich finanziert sein.
665 Auch die unabhängige Asylverfahrensberatung muss ausgebaut und verstetigt
666 werden.

667 Ein zentraler Baustein der Bundesebene wird sein, Migrationsabkommen auf
668 Augenhöhe mit den Herkunftsstaaten zu schließen. So bleiben auch vielen Menschen
669 gefährliche Fluchtrouten erspart. Wir lehnen die Durchführung von Asylverfahren
670 außerhalb Europas ab. Diese sind Völker- und europarechtlich nicht
671 durchführbar. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es hierzu aus Niedersachsen eine
672 entsprechende Protokollnotiz in der Bund-Länder-Runde gibt. Wer nach
673 sorgfältiger Prüfung keinen Anspruch auf Asyl hat, muss zügig in das
674 Herkunftsland zurückgeführt werden. Wie bereits im niedersächsischen
675 Koalitionsvertrag beschrieben, steht für uns die freiwillige Ausreise an erster
676 Stelle. Sind Abschiebungen unvermeidbar, gelten die humanitären Grundsätze und
677 die Berücksichtigung u.a. des Kindeswohls und der größtmögliche Verzicht auf die
678 oft unverhältnismäßige Anwendung von Haft. Dies ist unser unverrückbarer
679 Grundsatz.

680 Niemand verlässt seine Heimat ohne triftigen Grund. Menschen verlassen ihr
681 Zuhause aufgrund von Konflikten, Krisen oder politischer Verfolgung. Ihr Leid
682 und ihre Flucht und ihre Menschenwürde ist nicht zu relativieren. Den
683 menschenrechtswidrigen Umgang mit Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen
684 verurteilen wir und setzen uns dafür ein, dass Menschenrechte eingehalten

685 werden. Dafür ist eine starke zivile und auch staatlich koordinierte
686 Seenotrettung erforderlich.

687 Als GRÜNE sind zwei unserer Herzensthemen, Klima und Demokratie, zentrale
688 Bausteine, um Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen. Wir setzen uns für die
689 nachhaltigen Entwicklungsziele und humanitäre Unterstützung in betroffenen
690 Regionen ein. Wir wissen, dass nicht alle Krisen erfolgreich beendet werden
691 können. Wer in Niedersachsen Schutz findet, soll von uns jede Unterstützung für
692 den Beginn eines neuen Lebens, der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung
693 bekommen. Für Niedersachsen bleibt der Schutz des einzelnen Menschen mit seinen
694 Bedürfnissen nach Schutz und Sicherheit der Ausgangspunkt jedes politischen
695 Handelns.

A1 Für eine niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 08.11.2023

Tagesordnungspunkt: 7. Für eine Niedersächsische Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Vernunft

Antragstext

502 Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begann die größte Fluchtbewegung
503 in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch nicht nur aus der Ukraine, sondern
504 auch aus anderen Ländern wie Afghanistan oder Syrien suchen Menschen Schutz bei
505 uns in Niedersachsen. Den damit einhergehenden Herausforderungen müssen wir uns
506 stellen und Antworten bieten, die real existierende Probleme lösen.

507 Kriege, Armut, Repression und auch der Klimawandel zwingen viele dazu, einen
508 sicheren Ort zu suchen. Dabei stehen für uns zwei Dinge im Vordergrund: Wir
509 wollen unserem historischen Anspruch gerecht werden, den uns das Grundrecht auf
510 Asyl mitgibt. Die individuelle Asylprüfung bleibt unantastbar. Zum anderen wollen
511 wir Niedersachsen als Einwanderungsland weiter gestalten. Deshalb werben wir für
512 eine Kultur der Integration ab dem ersten Tag, gemeinsam mit Unternehmen,
513 Gewerkschaften, sozialen und kirchlichen Verbänden. So können wir der Realität
514 gerecht werden, dass wir in den nächsten Jahren auf Zuwanderung angewiesen sein
515 werden. Wir setzen uns ein für eine offene und liberale Einwanderungs- und
516 Arbeitsmarktpolitik in Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und Asyl im
517 Grundgesetz. Menschen auf der Flucht dürfen nicht kriminalisiert und entrechtet
518 werden. Wir GRÜNE in Niedersachsen stehen für eine humane und vernünftige
519 Asylpolitik, keine Scheinlösungen. Wir GRÜNE in Niedersachsen stehen für eine
520 humane und vernünftige Asylpolitik, keine Scheinlösungen.

521 Das Grundrecht auf Asyl verteidigen und Integration erleichtern

522 Niedersachsen ist ein weltoffenes Einwanderungsland und war es schon immer. Wir
523 möchten allen Menschen ermöglichen, frei von Angst und Diskriminierung in einem
524 Bundesland der Chancengleichheit leben zu können. Den jetzigen wie den kommenden
525 Herausforderungen in der Aufnahme müssen wir gerecht werden. Auch wenn wir aus
526 Niedersachsen heraus nicht die weltpolitische Lage bedeutend verändern können,
527 tragen wir dennoch unseren Teil dazu bei. Als GRÜNE in Niedersachsen leisten wir
528 mit Sachpolitik und handfesten Vorschlägen einen Beitrag, der den teils
529 überhitzten Diskurs auf feste Beine stellen soll. In diesem Sinne begrüßen wir
530 es grundsätzlich, dass es einen Pakt von Bund und Ländern für eine höhere
531 Finanzierung gibt, auch wenn wir GRÜNE uns in vielen Bereichen andere Lösungen
532 gewünscht hätten, wie bei der Verschlechterung bei den Leistungen für
533 Asylsuchende oder der Einführung einer Bezahlkarte. Die Menschen erwarten von
534 der Politik Antworten auf die Herausforderungen im Land und dass wir gemeinsam
535 konsequente Schritte zur Lösung gehen. Hier bietet der verhandelte Pakt nun eine
536 Grundlage, die im Ringen um die besten Wege geeint wurde.

537
538 Die Niedersächsischen Gemeinden und Landkreise leisten Großartiges und verdienen
539 unsere breite Unterstützung bei der Aufnahme von Geflüchteten. Und auch ohne das

540 große Engagement unzähliger Freiwilliger, Vereinen und Hilfsorganisationen würde
541 die aktuelle Herausforderung nicht zu meistern sein. Ihnen allen gilt unser
542 großer Dank und unsere Wertschätzung. Diese Leistung muss gewürdigt und
543 unterstützt werden.

544 Unsere niedersächsischen Kommunen sind zu einem großen Teil in
545 Haushaltssicherungskonzepte gerutscht, da sie ihre vielzähligen Aufgaben kaum
546 noch ausfinanzieren können. Doch sie sind es, die diese Integrationsleistung vor
547 Ort umsetzen und wo Menschen auf der Flucht ankommen. Neben der finanziellen
548 Notlage fehlt es auch an kurzfristig verfügbarem Wohnraum, Kitaplätzen und
549 Lehrkräften. Kommunen brauchen Planungssicherheit und einfachere Verfahren. Wir
550 nehmen diese Gestaltungsaufgabe weiter an und arbeiten an Lösungen, die
551 unmittelbar und tatsächlich zur Erleichterung der Situation beitragen.
552 Wir stellen fest, dass eine gute Asylpolitik nur durch ein enges Zusammenspiel
553 aller politischen Ebenen und einem klaren Bekenntnis aller Parteien zu der Suche
554 nach Lösungen anstatt eines weiteren Aufheizens der Situation gelingen kann.
555 Dieses muss durch konstruktive anstatt vermeintlich einfache Lösungen geschehen,
556 die der komplexen Realität gerecht werden. So schaffen wir eine Asyl- und
557 Migrationspolitik, die dauerhaft Humanität und Vernunft verantwortungsvoll und
558 solidarisch zusammenbringt. Der Wettlauf um die radikalste Forderung, die am
559 Ende keine Herausforderung löst, aber politisch Rechtsextreme stärkt, muss
560 beendet werden.

561
562 Schutz statt Scheinlösungen

563 Um tatsächlich Entlastung für Kommunen zu schaffen, helfen keine Scheinlösungen
564 wie unwirksame Grenzkontrollen, Sachleistungen oder der Fokus auf Abschiebungen,
565 denen in der Regel wirksame Rechtsgründe und menschenrechtliche Standards
566 entgegenstehen. Kommunen müssen strukturell in ihren Finanzen besser aufgestellt
567 werden, um allen Aufgaben gerecht werden zu können. Überforderte und
568 unterfinanzierte Kommunen vor Ort gefährden letztendlich demokratische Prozesse
569 und erschüttern das Vertrauen in die Demokratie.

570 Es braucht ein klares Bekenntnis aller Ebenen, unsere Kommunen mit dieser
571 Herausforderung nicht alleine zu lassen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, im
572 Rahmen der Landeskoalition sowie der Bund-Länder-Abstimmungen alle Möglichkeiten
573 zu prüfen und zu unterstützen, die Kommunen real entlasten. Ein erster Erfolg
574 ist die Einigung im Rahmen der Bund-Länder-Gespräche, dass Kommunen eine
575 verlässliche und auskömmliche Unterstützung bei der Finanzierung der Aufnahme,
576 Versorgung und Integration, inklusive der Vorhaltekosten bekommen. Es ist ein
577 wichtiger Schritt, dass der Bund hier jetzt mehr leistet und dass es den
578 Einstieg in ein atmendes System gibt. Dafür hat sich die Landesregierung
579 erfolgreich stark gemacht.

580 Neben der Versorgung von geflüchteten Menschen muss sich das Land auch
581 innenpolitisch auf die Aufnahme von angeworbenen Fachkräften vorbereiten, die
582 ebenfalls einen Integrationsbedarf haben. Auch hierfür werden in den nächsten
583 Jahren Kita-Plätze, Wohnungen und Integrationskurse gebraucht.

584 Wir möchten den Kommunen langfristige Planungssicherheit geben. Das geht nicht
585 im Sechs-Monats-Rhythmus, sondern braucht längerfristige Sicherheit.

586 Im Zentrum steht für uns eine bessere und verlässliche Grundfinanzierung von
587 Kommunen bei der Aufnahme.

588 Die Einführung der pro-Kopf-Pauschale ist hierfür ein erster richtiger Schritt

589 und stellt einen echten Systemwechsel dar, den wir grundsätzlich begrüßen. Zur
590 pro-Kopf-Pauschale soll ein Bundes-Investitionsfond eingeführt werden, der aus
591 Mitteln des Bundes gefüllt wird. Aus diesem Fonds sollen langfristige
592 Investitionen getätigt werden, die im

593 Zusammenhang mit der kommunalen Aufnahme von geflüchteten Menschen stehen.

594 Zusätzliche Kitas und Schulräume werden durch die Aufnahme insbesondere vieler
595 aus der Ukraine geflüchteter Menschen dringend benötigt. Wir schlagen vor, dass
596 für diese besonderen

597 Maßnahmen auch Mittel aus dem europäischen Asyl-, Migrations, und
598 Integrationsfonds (AMIF) beantragt werden sollen. Damit würde jeder in ein
599 Projekt investierte Euro durch EU-Mittel verneunfacht. Dies ist ein enormer
600 Hebel, der bisher weitestgehend ungenutzt bleibt.

601 Die Verteilung in Niedersachsen ist nicht gleichmäßig, denn jede Kommune hat
602 ihre eigenen Kapazitäten. Denjenigen, die in der Vergangenheit vorgesorgt haben
603 oder jetzt besonders viel leisten, möchten wir mit einer Sonderzuweisung helfen.
604 So können sich die lokalen Entscheidungsträger*innen wieder auf das
605 konzentrieren, was gerade gebraucht wird.

606 Zur Entlastung der Ausländerbehörden trägt schon jetzt der im
607 Chancenaufenthaltsrecht angelegte Spurwechsel bei. Den Spurwechsel wollen wir
608 ausweiten, denn damit können Menschen in die Erwerbsmigration wechseln. Auch die
609 Reduzierung von Vorspracheterminen und eine bundesweit einheitliche digitale
610 Aktenführung wären ein entscheidender Beitrag zur Entlastung. Das ist eine
611 vernünftige und zielführende Maßnahme, im Gegenteil zur Kürzung von
612 Sozialleistungen – denn dadurch würde die Zahl der Geflüchteten nicht sinken,
613 aber es würden soziale Probleme verschärft.

614 Über die Verwendung der Gelder, die vom Bund den Ländern zur Verfügung gestellt
615 wurden, muss Transparenz hergestellt werden. Die niedersächsische
616 Landesregierung informiert transparent über die Verwendung der Mittel. Das
617 Bundesland Bayern hat bisher nur einen Bruchteil der Unterstützung des Bundes an
618 die Kommunen weitergegeben. Wir möchten deshalb eine Transparenzpflicht
619 einführen, wie die Mittel des Bundes verwendet werden. Wir hoffen, dass Bayern
620 ein Einzelfall bleibt.

621 Ankommen erleichtert: Für mehr Teilhabe ab dem ersten Tag

622 Wir wollen, dass Niedersachsen ein wirtschaftlich starkes Land bleibt.
623 Integration, Sprachförderung, Aus- und Weiterbildung sowie die Erleichterung der
624 Anerkennung von Abschlüssen bewirken, dass in naher Zukunft das ganze Land
625 profitiert. Ein wichtiger Baustein für unsere lokale Wirtschaft sind Arbeits-
626 und Fachkräfte, für die wir ein attraktives Ziel sein müssen. Darin sind sich
627 Ökonom*innen, aber auch Handwerksbetriebe und Unternehmen einig, die dringend
628 Mitarbeitende und Auszubildende brauchen. Auch die öffentlichen Kassen werden
629 entlastet, wenn Menschen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Dies
630 scheitert nicht am Willen der Zugewanderten, eine Tätigkeit aufzunehmen, sondern
631 an rechtlichen Hürden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Geflüchtete ab dem
632 1. Tag nach der dreimonatigen Wartefrist arbeiten dürfen und dass Arbeitsverbote
633 abgeschafft werden.

634 Zusätzlich müssen Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungen als ein
635 wesentliches Instrument zur Arbeitsmarktintegration von internationalen

636 Fachkräften gesetzlich verankert werden. Doch darüber hinaus brauchen wir auch
637 die benötigte und politisch gewollte Willkommenskultur vor Ort.

638 Niedersachsen ist ein offenes und vielfältiges Bundesland, das die nötigen
639 Vorkehrungen dafür trifft, damit dieses Zusammenleben in Vielfalt gelingt. Die
640 meisten Menschen, die zu uns gekommen sind, werden bleiben. Eine
641 verantwortungsvolle Politik schafft darum die Möglichkeit für eine schnelle und
642 langfristig gelingende Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt.
643 Dafür muss es eine gemeinsame, verbindliche Verständigung aller Beteiligten
644 darüber geben, wie das gelingen kann.

645 Im Rahmen der Vorschläge durch die Ministerpräsident*innenkonferenz fordern wir
646 eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft und Wissenschaft in der Kommission
647 des MPK-Beschlusses.

648 Verschiedenen Studien sind mit dem Versuch gescheitert, den Nachweis zu
649 erbringen, dass Menschen durch weniger Sozialleistungen nicht nach Deutschland
650 kommen, Durch Sachleistungen werden den Kommunen zudem weitere bürokratische
651 Aufgaben auferlegt, dadurch bleiben Probleme ungelöst und Behörden werden
652 überfordert. Stattdessen müssen Verfahren digitalisiert und vereinfacht werden.
653 Wie es gehen kann, zeigt Oberbürgermeister Belit Onay mit der Socialcard. Die
654 geplanten Einschränkungen bei den Leistungen für Asylbewerber*innen in den
655 ersten drei Jahren werden zur Konsequenz haben, dass zum Beispiel Familien mit
656 Kindern in dieser Zeit geringere Integrationsleistungen bekommen als mit dem
657 Bürgergeld. Damit wird Integration verhindert.

658 Die Einwanderungs- und Ausländerbehörden in Niedersachsen sowie die
659 Verwaltungsgerichte müssen personell besser aufgestellt werden und brauchen
660 Vereinfachung sowie Rechtssicherheit, um Verfahren zu beschleunigen und Engpässe
661 zu beheben. Auch hierbei spielt die Digitalisierung eine große Rolle.
662 Migrationsstrukturen auf Landesebene und auf kommunaler Ebene sollen gestärkt
663 werden. Die großartige Leistung der Migrationsberatungen in Niedersachsen ist
664 von unschätzbarem Wert. Ihre Arbeit soll dauerhaft auskömmlich finanziert sein.
665 Auch die unabhängige Asylverfahrensberatung muss ausgebaut und verstetigt
666 werden.

667 Ein zentraler Baustein der Bundesebene wird sein, Migrationsabkommen auf
668 Augenhöhe mit den Herkunftsstaaten zu schließen. So bleiben auch vielen Menschen
669 gefährliche Fluchtrouten erspart. Wir lehnen die Durchführung von Asylverfahren
670 außerhalb Europas ab. Diese sind Völker- und europarechtlich nicht
671 durchführbar. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es hierzu aus Niedersachsen eine
672 entsprechende Protokollnotiz in der Bund-Länder-Runde gibt. Wer nach
673 sorgfältiger Prüfung keinen Anspruch auf Asyl hat, muss zügig in das
674 Herkunftsland zurückgeführt werden. Wie bereits im niedersächsischen
675 Koalitionsvertrag beschrieben, steht für uns die freiwillige Ausreise an erster
676 Stelle. Sind Abschiebungen unvermeidbar, gelten die humanitären Grundsätze und
677 die Berücksichtigung u.a. des Kindeswohls und der größtmögliche Verzicht auf die
678 oft unverhältnismäßige Anwendung von Haft. Dies ist unser unverrückbarer
679 Grundsatz.

680 Niemand verlässt seine Heimat ohne triftigen Grund. Menschen verlassen ihr
681 Zuhause aufgrund von Konflikten, Krisen oder politischer Verfolgung. Ihr Leid
682 und ihre Flucht und ihre Menschenwürde ist nicht zu relativieren. Den
683 menschenrechtswidrigen Umgang mit Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen
684 verurteilen wir und setzen uns dafür ein, dass Menschenrechte eingehalten

685 werden. Dafür ist eine starke zivile und auch staatlich koordinierte
686 Seenotrettung erforderlich.

687 Als GRÜNE sind zwei unserer Herzensthemen, Klima und Demokratie, zentrale
688 Bausteine, um Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen. Wir setzen uns für die
689 nachhaltigen Entwicklungsziele und humanitäre Unterstützung in betroffenen
690 Regionen ein. Wir wissen, dass nicht alle Krisen erfolgreich beendet werden
691 können. Wer in Niedersachsen Schutz findet, soll von uns jede Unterstützung für
692 den Beginn eines neuen Lebens, der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung
693 bekommen. Für Niedersachsen bleibt der Schutz des einzelnen Menschen mit seinen
694 Bedürfnissen nach Schutz und Sicherheit der Ausgangspunkt jedes politischen
695 Handelns.